

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 156

HERBST 2004

€ 0,56

Arbeiter, Immigranten, Arbeitslose, Frauen: Gemeinsamer Klassenkampf kann Hartz, Agenda 2010 stoppen!

Wütende Demonstrationen mit bedeutender PDS-Beteiligung prägten in den letzten Monaten die Straßen der ehemaligen DDR, und in kleinerem Ausmaß gab es auch Demonstrationen in Westdeutschland gegen die so genannten Hartz-Gesetze der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung. Die Demonstrationen begannen, seit die Auswirkungen dieser Gesetze breiten Schichten der Bevölkerung klar geworden sind – insbesondere in der seit der kapitalistischen Konterrevolution von Massenarbeitslosigkeit geplagten ehemaligen DDR. Die Breite der Angriffe und Vielschichtigkeit der Opfer spiegelt sich auch in der Teilnahme an den Demonstrationen wider. So finden sich auch rechte und obskure Organisationen wie die Familienpartei oder die Mittelstandspartei auf den Demos ein. Selbst Nazis versuchten wiederholt daran teilzunehmen, um ihr völkermörderisches Programm zu verbreiten.

Die große Mehrheit der Leute realisiert jetzt, dass ihnen im Grunde alles genommen werden soll, bevor sie überhaupt Anspruch auf ein jämmerliches Almosen haben. Selbst dieses ist gefährdet, wenn sie sich weigern sollten, einen der 1-Euro-Jobs anzunehmen. Dies ist eine nur wenig verschleierte Form von Zwangsarbeit; ein Frontalangriff auf die Gewerkschaften, auf Jugendliche, auf Frauen, die noch stärker als bisher über finanzielle Abhängigkeiten an die Familie gekettet werden, und auf Immigranten, denen noch weitere Isolierung vom Arbeitsmarkt und sogar Abschiebung droht. **Nieder mit den Hartz-Gesetzen und Agenda 2010!**

Um die Angriffe zurückzuschlagen, müssen die Massendemonstrationen mit dem Kampf der organisierten Arbeiterklasse verbunden werden – d. h. Streiks und andere Aktionen, die die SPD/Grünen-Regierung in die Knie zwingen. Die Arbeiterklasse hat die soziale Macht, dies zu erreichen, da sie allen Reichtum dieser Gesellschaft schafft und damit auch die Möglichkeit hat, den Kapitalisten wirklich weh zu tun, indem sie die Produktion zum Stillstand bringt. Die Arbeiterbewegung muss die Führung der Proteste übernehmen und eine klassenkämpferische Antwort auf die ständigen Angriffe geben. Ein Sieg der DaimlerChrysler-Arbeiter bei den Auseinandersetzungen um Arbeitszeit und Löhne im Juli hätte dem Appetit der Bosse und ihrer SPD/Grünen-

Regierung einen mächtigen Dämpfer verpasst. Aber die Arbeiter wurden wie die ostdeutschen Metalller im Sommer 2003 von ihrer eigenen Führung ausverkauft. Die VW- und Opel-Arbeiter, die jetzt in der Schusslinie stehen, haben die Macht, die Angriffe durch harten Klassenkampf zurückzu-



Berlin, 16. August. Spartakist-Block auf Montagsdemonstration

Spartakist

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

schlagen und damit auch den Arbeitern anderer Branchen ein Beispiel zu geben, dass man nicht vor den Bossen kuschen muss. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie arbeitet aber Überstunden, um ihren Kumpeln in den Regierungssesseln nicht weh zu tun und sie an der Macht zu halten als das vermeintlich kleinere Übel. Um den Versuch zu vereiteln, Arbeitslose und Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen, muss ein Kampf für eine gleitende Lohnskala und eine gleitende Skala der Arbeitszeit geführt werden und die vorhandene Arbeit auf alle Hände verteilt werden. **Für ein Programm öffentlicher Arbeiten zu Tariflöhnen! Für die Verteilung der Arbeit auf alle Hände ohne Einkommensverlust! Organisiert die Unorganisierten!**

Fortgesetzt auf Seite 2

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 1

Notwendig ist, gegen die Angriffe in die Offensive zu gehen, indem die Macht der Gewerkschaften in den Betrieben mobilisiert wird und dadurch die Einheit von türkischen, kurdischen und anderen eingewanderten Arbeitern – die im Westen insbesondere von Hartz IV betroffen sind – zusammen mit den Arbeitslosen hergestellt wird. Stattdessen demobilisieren die Gewerkschaftsbürokraten. Aber den Gewerkschaften den Rücken zu kehren, wie es viele tun, weil sie über die Bürokraten verzweifeln, die alle Kämpfe ins Abseits führen, hilft nur den Bossen: Die Gewerkschaften stellen noch immer eine wichtige soziale Macht gegen unbeschränkte kapitalistische Ausbeutung dar. Notwendig ist der politische Kampf *gegen die sozialdemokratischen Ausverkäufer! Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung!*

DGB-Bonze Sommer ging sogar so weit, aktiv gegen die Montagsdemos zu mobilisieren: „Ich habe die große Sorge, dass der Unmut der Bevölkerung von politischen Rattenfängern missbraucht wird – wir wollen zunächst sehen, wer da politisch am Werk ist“ (*Berliner Zeitung*, 13. August). Dass sich Nazis unter Demonstranten mischen konnten und z. B. in Gera ihren rassistischen mörderischen Dreck verbreiten konnten, dient den Herrschenden, die die Arbeiterklasse entlang nationaler/ethnischer Linien spalten wollen. Tatsächlich sind es nicht die Proteste gegen die Hartz-Gesetze, die den Nazis Auftrieb geben, wie Schröder und Co. behaupten, sondern die kapitalistische Gesellschaft, die durch Massenarbeitslosigkeit breiten Schichten jede Zukunft raubt. Indem SPD und PDS diese kapitalistische Gesellschaft im Interesse der Kapitalisten verwalten und als alternativlos darstellen, sind sie es, die den Nazis den Weg bahnen. Nur eine internationale sozialistische Planwirtschaft kann Arbeit für alle garantieren und die Ursachen von imperialistischen Kriegen aus der Welt schaffen.

Die Nazis könnten leicht rausgeschmissen werden, wenn die Gewerkschaften sich konsequent gegen die Angriffe der SPD/Grünen-Regierung stellen würden. Integrierte Ordnergruppen von deutschen, türkischen und anderen eingewanderten Arbeitern könnten dem Nazi-Spuk auf den Demos und sonstwo ein schnelles Ende bereiten. *Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Nazis zu stoppen!*

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Die hohe Stimmzahl der Nazis von DVU und NPD bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen wird zu noch stärkerem Terror gegen Immigranten und Linke füh-

ren, da die Nazis sich im Aufwind sehen. Die Nazis wachsen aufgrund der staatlichen rassistischen Hetze gegen Immigranten, insbesondere mit muslimischem Hintergrund. Da werden Moscheen ohne irgendwelche Verdachtsmomente durchsucht, eine Islam-Konferenz in Berlin mit fadenscheiniger Begründung verboten, Leute abgeschoben und ihnen ihre Aufenthaltsrechte genommen auf Grund dessen, was sie angeblich denken; alles mit dem erklärten Ziel, einzuschüchtern und dem – sehr zweifelhaften –, „Ansehen Deutschlands“ nicht zu schaden.

Die staatliche Unterdrückung zielt aber letztlich gegen die Arbeiterbewegung insgesamt. Seit mehr als zehn Jahren ist die kurdische PKK zusammen mit zahlreichen anderen kurdischen Vereinen verboten und ist nach wie vor Ziel staatlicher Verfolgung hier. Zur gleichen Zeit werden linke Türken und Kurden in die Folterkeller der Türkei abgeschoben. SPD-Innenminister Schily schlägt jetzt sogar vor, dass Flüchtlinge in Lagern in Nordafrika interniert werden. Die Arbeiterbewegung muss mobilisiert werden zur Verteidigung aller gegen staatliche Verfolgung und rassistische Unterdrückung. Notwendig dafür ist der Bruch mit sozialdemokratischer Klassenkollaboration und der Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei, bestehend aus deutschen, türkischen, kurdischen und Arbeitern anderer ethnischer Minderheiten als Tribun aller Unterdrückten.

Doch die Demonstrationen sind weitgehend von Wut und Ausweglosigkeit geprägt und haben zum Teil einen bitteren, stark populistischen Beigeschmack, der auch die Nazis ermutigt. So wirbt das „Berliner Bündnis Montagsdemo“, in dem die reformistische MLPD zentral vertreten ist, mit der Hauptlosung: „Weg mit Hartz IV – das Volk sind wir!“, während sich das andere Berliner Bündnis gegen Hartz IV kaum weniger klassenübergreifend an die Bevölkerung wendet. Am 20. September, als der MLPD-Block mit „Wir sind das Volk!“ aufmarschierte, war es deutlich zu bemerken, dass bei den hinter ihnen laufenden Immigrantensorganisationen Schweigen herrschte. Nicht nur schließt dieser Slogan die türkischen und anderen immigrierten Arbeiter aus, die im Westen der größte Teil der von Hartz IV Betroffenen sind. Es ist auch eine Anleihe an die Demonstrationen im Herbst 1989, als Hunderttausende in der DDR gegen die stalinistische Bürokratie auf die Straße gingen und elementare Rechte einforderten. Ohne eine Perspektive auf die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse wurde jedoch aus der klassenübergreifenden Losung „Wir sind *das* Volk“ die nationalistische, offen konterrevolutionäre Parole „Wir sind *ein* Volk!“ Im Verlauf der

Fortgesetzt auf Seite 6

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10179 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 156

HERBST 2004

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb als Supplement *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 24, beigelegt.

Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung! Daimler-Streik wegen „Standort“ verraten, Metallarbeiter unter Beschuss

Diesen Sommer blickten viele Arbeiter und Unterdrückte auf die machtvollen Aktionen der DaimlerChrysler-Arbeiter, die streikten und auf die Straße gingen, um den mächtigsten deutschen Konzern zu konfrontieren. Von den Stuttgarter Werken über Düsseldorf bis Bremen fanden Arbeitsniederlegungen und Kundgebungen statt, an denen sich mehr als 80 000 Arbeiter mit türkischen, kurdischen und anderen immigrierten Arbeitern in der ersten Reihe beteiligten. Auf den Kundgebungen wurden die Solidaritätserklärungen von BMW, VW, Opel und vielen anderen verlesen, darunter auch aus den Werken in Südamerika und Südafrika. Als die Daimler-Bosse am 23. Juli erklärten, dass sie ihr Sparziel von 500 Millionen Euro durchgesetzt hatten, war kristallklar, dass die kampfbereiten, gut organisierten Daimler-Arbeiter nicht von ihren Bossen Schrempp und Hubbert geschlagen worden waren, sondern von ihrer eigenen Führung, Gesamtbetriebsrat Klemm und IGM-Vorsitzenden Peters, verkauft wurden. Erhalten haben sie dafür nichts außer dem „Versprechen“ der Bosse, die Arbeiter bis 2012 weiter zu beschäftigen. Die *Financial Times Deutschland (FTD)* stellte am 26. Juli dazu trocken fest: „Experten bezweifeln allerdings, dass sich der Konzern im Krisenfall an die Garantie gebunden fühlt.“



Joerg Sarbach / AP

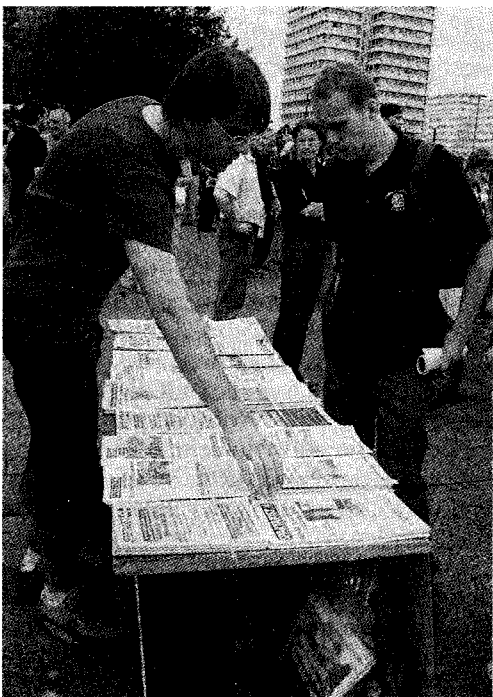
Juli 2004, gegen Spaltungsversuch der Bosse: Bremer DaimlerChrysler-Arbeiter fordern „Hände weg von den Tarifverträgen“!

Der Daimler-Ausverkauf wird von der DaimlerChrysler-Betriebszeitung *Die Stoßstange*, die mit der reformistischen Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) sympathisiert, abgedeckt:

„Mit der Einführung der 40-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit in Sindelfingen sind sie nicht durchgekommen!

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakist-Abokampagne



Spartakist

Quoten der Abokampagne 2004

Berlin	110
Hamburg	125
Auf Entfernung	10
Gesamt	245

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

156

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

DaimlerChrysler...

Fortsetzung von Seite 3

Dieser Erfolg ist nicht hoch genug einzuschätzen... *Wenn wir richtig gestreikt hätten, hätte der Vorstand einpacken können!* Dann wären wir stark genug geworden, den Horrorkatalog vollständig zu kippen. So hat Schrempp gerade noch sein konkretes Ziel, 500 Millionen einzusparen, durchgebracht – verteilt auf viele Schultern und über mehrere Jahre gestreckt. Die DC-Bosse hatten Angst, die Machtprobe zu verlieren.“ (Hervorhebung im Original; „Ein zukunftsweisender Kampf – Arbeiterbewegung gestärkt“, 27. Juli)

Der Bremer DaimlerChrysler-Betriebsrat Kupfer sagte im *Labournet* wenigstens die Wahrheit über den Abschluss: „Von einem ‚vernünftigen Kompromiß‘ zu reden, ist eine Verhöhnung der Arbeiter. Der Vorstand wollte **500 Mio. Euro pro Jahr**. Er hat 500 Millionen bekommen ... ausdrücklich vereinbart wurde die **Zerstörung des Flächentarifvertrags** – zunächst ‚nur‘ für einen Teil der Belegschaften... Hiermit wurde die Einheit der Belegschaft ausdrücklich verkauft. Neben uns am Band oder in der Kantine werden also künftig Kollegen mit uns die gleiche Arbeit verrichten, die zwischen 20 und 45% weniger verdienen.“ Es geht hier um mehr als „Einheit“, denn Kupfer will nicht offen aussprechen, dass dieser Ausverkauf von der korrupten Gewerkschaftsbürokratie durchgedrückt wurde, indem sie die in der bürgerlichen Gesellschaft **besonders unterdrückten Schichten Frauen, Immigranten und Jugendliche** ans Messer lieferte. Die Arbeiter können ihre Interessen nur verteidigen, indem sie besonders für die als Arbeiter und als Immigranten oder als Frauen doppelt unterdrückten, eintreten.

Wenn solche Niederlagen trotz der Initiative und der Kampfbereitschaft der Daimler-Arbeiter „zukunftsweisend“ werden würden, wie *Die Stoßstange* das hofft, so kann das nur demoralisieren und die Arbeiter davon abhalten, zu kämpfen. *Die Stoßstange* liefert der verrotteten Gewerkschaftsführung nur eine linke Flankendeckung. Stattdessen ist ein Kampf in den Gewerkschaften notwendig: **Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung! Schluss mit der Klassenzusammenarbeit, die die Arbeiter an ihre Unterdrücker kettet!**

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung unterstützt die SPD/Grünen-Regierung auf Biegen und Brechen als das vermeintlich kleinere Übel. Schon im Sommer 2003

wurde der Streik der Metaller im Osten für die Angleichung an die 35-Stunden-Woche vom damaligen IGM-Vorsitzenden Zwickel abgewürgt. Zwickel reagierte auf den Druck von Betriebsratsfürsten wie Klemm (Daimler), Franz (Opel) und anderen, weil der Streik anfangs, Auswirkungen in „ihren“ Betrieben zu haben, d. h. dass die Produktion aufgrund fehlender Teile reduziert werden musste bzw. zum Stillstand zu kommen drohte. Gerade aber um solchen Druck zu machen, sind Streiks da, und damit hätte der Streik im Osten gewonnen werden können und ein Teil der Spaltung in Ost und West aufgehoben werden können. Warum aber führten Zwickel und Co. die Arbeiter in diese katastrophale Niederlage, deren Auswirkungen nun zum Tragen kommen? Zentral war für die Bürokraten, Schröders Agenda 2010 nicht durch Klassenkampf zu gefährden und damit den Fortbestand der SPD/Grünen-Regierung zu sichern. Die Betriebsratsfürsten wollten „ihre“ Konzerne nicht ein bisschen Profit einbüßen sehen für die Metaller im Osten. Sie sind, wie der russische Revolutionär Lenin es ausdrückte, die „Arbeiterleutnants des Kapitals“. Lenin beschrieb die materiellen Wurzeln dieser prokapitalistischen Schicht in der Arbeiterbewegung in „Die Konferenz der Auslandssektion der SDAPR“ im März 1915:

„Bestimmte Schichten der Arbeiterklasse (die Bürokratie in der Arbeiterbewegung und die Arbeiteraristokratie, für die ein kleiner Teil der Profite aus der Ausbeutung der Kolonien und aus der privilegierten Lage ihres ‚Vaterlandes‘ auf dem Weltmarkt abfiel) sowie die kleinbürgerlichen Mitläufer innerhalb der sozialistischen Parteien waren die soziale Hauptstütze dieser [opportunistischen] Tendenzen und die Träger des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat.“

Der Ausverkauf des Ostmetallerstreiks gab das Signal zum jetzigen Generalangriff auf die 35-Stunden-Woche im Westen. Nach dem Verrat bei Daimler dachte Kanzler Schröder sofort an VW und erklärte in der *FTD*: „Ich bin sicher, dass nach DaimlerChrysler auch die Verhandlungen bei Volkswagen über Kosteneinsparungen und Beschäftigungssicherung in Deutschland zu einem erfolgreichen Abschluss führen werden“ (23. Juli). Jetzt sollen beim Kanzlerkonzern VW die Löhne um 30 Prozent gekürzt und bis 2009 eingefroren und die Arbeitszeit auf die 40-Stunden-Woche verlängert werden. Überall – bei Opel, MAN usw. – wittern die Bosse Morgenluft, und ein Horrorkatalog jagt den nächsten.

Die Angriffe in der Metallindustrie sind eine Machtprobe, deren Ausgang für die kommenden Jahre wegweisend sein kann: Wenn die Bastion der hoch organisierten Metallarbeiter fällt, gibt es kein Halten mehr in den anderen, schwächeren Bereichen, und die kapitalistische Abwärtsspirale von Lohn- und Sozialraub dreht sich für alle eine große Umdrehung weiter nach unten. Der Bremer DC-Betriebsrat Kupfer erklärte dazu im *Labournet*: „Sobald Eure Kapitalisten mit irgendwelchen Angriffen kommen, stellt die Bänder und die Maschinen sofort ab! Unsere Kollegen waren absolut bereit dazu und Zehntausende in anderen Betrieben denken genau so, aber sie haben sich zu wenig auf ihre eigene Tatkraft verlassen, sondern auf die vermeintliche ‚Vernunft‘ Anderer“ (23. Juli). Notwendig ist tatsächlich harter Klassenkampf, die entschlossene Mobilisierung der Arbeiter, die Betriebe durch wirkliche Streiks dicht zu machen. Kein Band darf mehr laufen, den Bossen müssen die Profite abgedreht werden.

Die gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtete „Vernunft“, gegen die Kupfer polemisiert, ist Ausdruck des sozialdemokratischen Programms der Klassenzusammenarbeit. Aber Kupfer und Co. haben nur eine etwas militantere Variante sozialdemokratischen Gewerkschaftertums

Fortgesetzt auf Seite 8

Veranstaltung

Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90

Berlin Samstag, 13. November, 15 Uhr
Mehringhof, Versammlungsraum
Gneisenaustr. 2a
(U Mehringdamm)

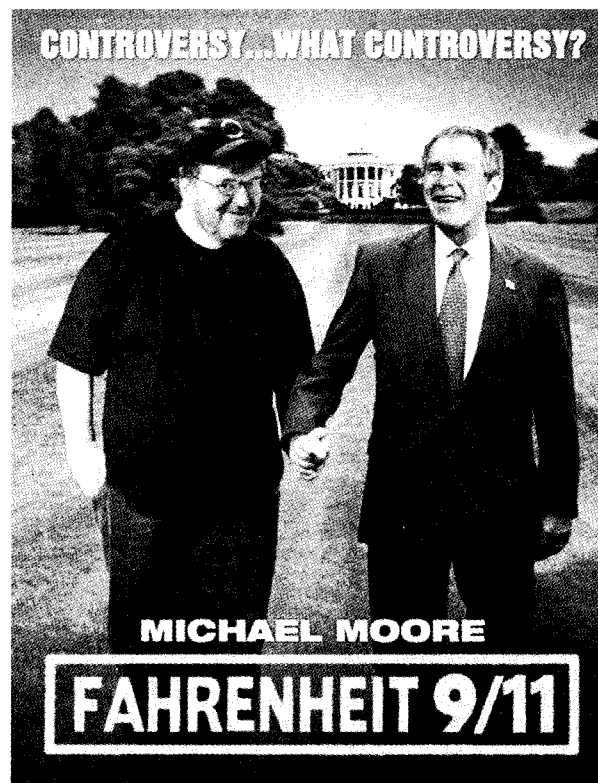
Hamburg Samstag, 20. November, 16 Uhr
Café – Raum der AIDS-Hilfe e. V.
Lange Reihe 30–32
(U/S Hauptbahnhof)

FAHRENHEIT 9/11

Michael Moores machtvoller neuer Dokumentarfilm *Fahrenheit 9/11* ist eine Rarität inmitten all der gegenwärtigen Bühnen-arrangierten „Realität“ – eine Dosis Wahrheit, vermittelt durch Menschlichkeit. Bilder übel zugerichteter Gliedmaßen von Irakis und verstümmelter Babys geben seltene kleine Einblicke darüber, wie es bei denen aussieht, auf die Amerikas Bomben niedergehen. Wo viele in Amerika entweder gesichtslose „Feinde“ sehen oder gesichtslose Nutznießer amerikanischer „Befreiung“, zeigt Moore die menschlichen Opfer, wie die Frau in Bagdad, gemartert und rasend vor Wut, deren Familie durch amerikanisches Militär ermordet wurde, oder die Familie, die am Weihnachtsabend von US-Truppen terrorisiert wurde. Ein Schwarzer in Flint, Michigan, sieht Bilder des vom Krieg zerstörten Bagdad und bemerkt dazu: „Teile von Flint sehen ähnlich aus, und bei uns hat es noch nicht mal Krieg gegeben.“ Erschütternde Geschichten wie die von Lila Lipscomb, die durch den Tod ihres Sohnes im Irak von der Verwerflichkeit des Irakkriegs überzeugt wurde, werden von den Massenmedien nicht berichtet.

Der Film stieß im ganzen Land auf massive Resonanz. Er hat den Rekord für die höchsten Einnahmen aufgestellt, die jemals ein Dokumentarfilm an einem Eröffnungswochenende eingespielt hat. Er hat die Aufmerksamkeit von Bushs rechten Aufpassern erregt, und das aus gutem Grund: Moores krasses Talent als Propagandist zeigt sich vielleicht am Besten in seinem Porträt des leicht unterbelichteten und banal-monströsen George W. Bush, der Golf spielt und urlaubt, während auf seinen Befehl hin Tausende irakischer Menschen und Hunderte amerikanischer Soldaten sterben. Das befürchtete auch der mit den Republikanern sympathisierende Disney-Konzern, der sich weigerte, den Film zu verleihen, und schließlich wurde die Einstufung „R“ (Restricted – für Jugendliche nicht geeignet) vergeben, um die meisten Teenager davon abzuhalten, sich ihn anzusehen. (Moore weist darauf hin, dass man so diejenigen daran hindert, die schon bald eingezogen werden könnten, genau sehen zu können, was sie in der Armee vielleicht tun würden.) Eine kleine Gruppe prominenter Republikaner, die sich Move America Forward (Bringt Amerika nach vorn) nennt, hat mit einer Kampagne versucht Kinobesitzer einzuschüchtern, damit sie den Film nicht zeigen; eine ähnliche Gruppe namens Citizens United (Bürgerverein) reichte eine Klage bei der zentralen Wahlkommission ein, um Werbung für den Film zu verbieten.

Aber es gibt ein Problem. Wenn man davon ausgeht, die Realität, die Moore machtvoll darstellt, *ändern* zu wollen,



Eine marxistische Filmkritik von Aman Singh

17. Mai). Moores Perspektive wird von vielen geteilt, besonders von jenen, die auf der Straße gegen Bushs „Krieg gegen den Terror“ demonstriert haben, dass nämlich Kerry und die Demokraten keine Begeisterung, aber doch Unterstützung verdienen, wie kritisch auch immer, weil Bush so verdammt untolerierbar ist. Hinter diesem „Jeder-außer-Bush“-Enthusiasmus steht eine grundlegend liberale – und gefährliche – Sicht der amerikanischen Demokratie.

Moores prägnante Darstellung über die Machenschaften rund um die Wahlen 2000 ist überzeugend. Er wirft ein Schlaglicht auf die Unterdrückung der Schwarzen mit seinem Material über schwarze Kongress-Abgeordnete, die im Senat gegen die Entmündigung schwarzer Wähler und den betrügerischen „Sieg“ Bushs protestieren. Sie werden von einem Al Gore kurzerhand abgefertigt, der nicht willens ist, um seinen Wahlsieg zu kämpfen, denn das würde auf die Missachtung schwarzer Menschen durch das kapitalistische Amerika ein Schlaglicht werfen und die Legitimität der imperialen Präsidentschaft unterminieren. Es ändert sich nichts, und das zeigt genau, welche Rolle die schwarzen Demokraten weiterhin zu spielen haben: die besonders unter schwarzen Amerikanern vorhandene Wut und Empörung gegen das rassistische kapitalistische System abzulenken, wann immer sie ausbricht.

Moore glaubt, dass die amerikanische Bevölkerung von einer kleinen Clique reaktionärer Diebe (die Bush-Regierung und ihr Firmen-Netzwerk) und ein paar rückgratlosen Demokraten betrogen worden ist. Mit anderen Worten: Er

Fortgesetzt auf Seite 11

fehlt *Fahrenheit 9/11* etwas ganz Grundlegendes. Es ist ein trauriger Kommentar über den Zustand des politischen Bewusstseins der amerikanischen Linken: Man sieht Zuschauer, die zu Recht aufgeregt sind über Bushs tödlichen Krieg, aufgebracht über den unheilvollen Patriot Act, angeekelt von der erbärmlichen Einigkeit der Demokraten mit dem Weißen Haus; Zuschauer, die dann aufgebracht aus dem Kino kommen und bereit sind ... für die Wählerregistrierung zu arbeiten [in den USA muss sich jeder, der wählen will, vorher registrieren lassen]. Aber gerade darum geht es bei dem ganzen Aufruhr. Und *genau* das war Moores Absicht, er verkündete: „Es ist mein persönliches Ziel, dass Bush aus dem Weißen Haus entfernt wird“ (*New York Times*, 24. Juni), und fügte hinzu, er hoffe, der Film würde „Leute inspirieren, in Bewegung zu kommen und im November zu wählen“, denn: „Wir können es diesmal nicht den Demokraten überlassen, alles abzuf...en und zu verlieren“ (Londoner *Guardian*,

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 2

Konterrevolution in der DDR führte dies zu Terror gegen Immigranten, Flüchtlinge und Linke und zu den rassistischen Pogromen von Hoyerswerda und Rostock. Die in den 80er-Jahren zutiefst antisowjetische MLPD rechtfertigt in ihrem Aufruf zu ihrer 3.-Oktober-Demo gegen Hartz IV, dass sie die kapitalistische Konterrevolution in der DDR 1990 unterstützt hat: „Tatsache ist, dass die demokratische Bewegung der DDR die Wiedervereinigung erkämpft hat und dass die breite Masse der Bevölkerung in Deutschland die Überwindung ihrer Spaltung ausdrücklich begrüßt“ (Erklärung des ZK der MLPD, 12. September). Wenn angebliche Linke sich Parolen wie „Das Volk sind wir!“ auf ihr Banner schreiben, dann ist das reine Scharlatanerie, die nur dazu angetan ist, das Klassenbewusstsein der Arbeiter zu senken.

Seit der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR vor vierzehn Jahren demontieren die Kapitalisten den „Sozial“staat, den sie nun für überflüssig halten. Gleichzeitig rüsten sie den Staat auf, um verschärft Repression gegen die Arbeiterklasse ausüben zu können. Ihre bürgerlichen Ideologen verbreiten die Lüge vom „Tod des Kommunismus“, was ihnen von vielen Linken abgekauft wird. Nichts ist falscher als das, denn der Kapitalismus, und die damit einhergehende Spaltung der Gesellschaft in Klassen, bringt notwendigerweise Klassenkampf hervor. Ob die Arbeiterklasse aber in diesen Kämpfen siegreich ist oder geschlagen wird, hängt zentral von ihrer Führung ab. Die SPD an der Macht kam den Kapitalisten gerade recht, die Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse massiv zu verstärken, denn durch ihren Charakter als bürgerliche Arbeiterpartei – eine Partei mit einer Arbeiterbasis, aber einem durch und durch bürgerlichen Programm – hat die SPD den für die Kapitalisten unschätzbaren Vorteil, dass sie mittels der Gewerkschaftsbürokratie die Gewerkschaften kontrolliert. Erst dadurch wurden Angriffe möglich, die noch unter Kohl am Widerstand der Gewerkschaften scheiterten. Für die Kapitalisten und ihren Staat, inklusive ihren sozialdemokratischen Verwaltern, muss die Ausbeutungsrate erhöht werden, damit das imperialistische Deutschland und die von ihm dominierte EU ernsthaft mit den USA um Rohstoffe und Märkte in Konkurrenz treten können. Die militärischen Anfänge davon haben wir schon gesehen mit den Bundeswehrtruppen auf dem Balkan und in Afghanistan. Um die notwendige Stärke zu erreichen, sollen die Arbeiter und alle

Unterdrückten erst ökonomisch bluten, um dann später wieder als Kanonenfutter herzuhalten. Der Schlüssel, dies zu verhindern, ist das Verständnis, dass das historische Interesse der Arbeiterklasse unversöhnlich den Interessen der Kapitalisten und des imperialistischen deutschen Staates entgegengesetzt ist.

PDS: Vom Ausverkauf der DDR zum Verwalter von Zwangsarbeit im Kapitalismus

Die PDS tritt in heuchlerischer Weise als Interessenvertreterin der „Ostdeutschen“ auf. Tatsächlich aber hat sie mit dem Ausverkauf der DDR massiv mit dazu beigetragen, dass die Industrie dieses deformierten Arbeiterstaates zerstört wurde. Die stalinistische SED hatte mit ihrem „Aufbau des Sozialismus in einem halben Land“ und ihrer „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus – ein reaktionär-utopisches Programm – Schiffbruch erlitten und die DDR-Wirtschaft in eine Sackgasse geführt. Dagegen kämpften wir Trotzlisten 1989/90 für den Sturz der stalinistischen SED-Bürokratie und ihre Ersetzung durch Arbeiter- und Soldatenräte. Wir traten ein für die revolutionäre Wiedervereinigung in einem Roten Rätedeutschland. Wir waren die Einzigen, die sagten: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“

Die PDS gibt vor, gegen die Hartz-Gesetze zu sein; tatsächlich aber setzt sie diese durch, wo sie gemeinsam mit der SPD in einer Regierung ist, wie in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Sie nutzte die Proteste gegen Hartz, um zu versuchen auch in Brandenburg in die Regierung zu kommen, und die Verhandlungen mit der SPD scheiterten nicht an Hartz IV. Die PDS will noch mehr Verantwortung für die Sauerereien des Kapitalismus übernehmen. Das machte ihr Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf im *Neuen Deutschland* (12. August) nur allzu deutlich, als er sich über die Vorzüge von „1-Euro-Jobs“ ausließ: „Es ist ja nicht so, dass es in Berlin nicht genug Arbeit gäbe, es gibt zu wenig bezahlte Arbeit. Aber es wird im Kreis der Arbeitslosengeld-II-Empfänger viel qualifiziertes Potenzial geben. Warum soll man diese Menschen nicht in sinnvollen Tätigkeiten im kommunalen Interesse einsetzen?“ Was Wolf und die PDS hier umsetzen, ist Zwangsarbeit zu absoluten Minimallöhnen. Der SPD/PDS-Senat ist schon Vorreiter, die Tarifverträge für den öffentlichen Dienst auszuhebeln, was sich gegen die gesamte Arbeiterbewegung richtet. Die deutsche Bourgeoisie greift hier auf die Erfahrungen mit Hitlers Arbeitsdienst zurück. Und die PDS ist ein sehr williger Komplize bei der Umsetzung. Das bestätigt dann auch der Partei-Chef Lothar Bisky: „Wir haben eine Verantwortung. Wenn ich ein Populist wäre, würde ich die PDS jetzt aufrufen, die Landesregierungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zu verlassen und gemeinsam gegen Hartz auf die Straße zu gehen. So was aber mache ich nicht“ (*Tagesspiegel*, 15. August). Bisky und Co. verstehen, dass den Kapitalismus zu verwalten bedeutet, Verantwortlichkeit gegenüber dem Kapital zu beweisen nach dem Motto „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“.

Die offizielle PDS-Politik ist schon seit der Konterrevolution 1990 nur noch Liebedienerei vor der dreckigen Bourgeoisie. Die PDS macht für diese die schmutzige Arbeit, den Arbeitern und Arbeitslosen der Ex-DDR die Vorzüge des Kapitalismus zu vermitteln, was jetzt heißt, das Elend zu verwalten. Die PDS-Linke um die Kommunistische Plattform und die *junge Welt* tritt normalerweise kritisch gegenüber der Regierungsbeteiligung der PDS auf. Doch sie brachte während des Wahlkampfes kein Wort der Kritik an Wolf und Co. heraus und war im Prinzip auf Stimmenfang für die PDS aus. Damit haben sie einmal mehr bewiesen, dass sie nicht mehr sind als ein linkes Feigenblatt für die PDS. Der größte Teil der pseudotrotzkistischen Linken half 2001 die PDS in die Berli-

Bestellt!

Rede des
Spartakist-Redakteurs
Steffen Singer
zu dem Kampf der IKL
in der DDR 1989/90
für ein Rotes
Rätedeutschland

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

ner Landesregierung zu hieven. Die Wahlalternative (WASG) – ein Zusammenschluss von Sozialdemokraten aus der Gewerkschaftsbürokratie, die von der SPD enttäuscht sind – ist das neueste Mittel dieser Linken, um bloß nicht mit sozialdemokratischer Politik zu brechen.

„Wahlalternative“, Lafontaine und die Linke

Die WASG hatte *nichts* zu dem Kampf der Daimler-Arbeiter und dem Ausverkauf der Streiks durch die Gewerkschaftsbürokratie zu sagen, weil sie ja eine „Wahlalternative“ sei. Das heißt konkret, dass sie sich darauf vorbereiten, möglicherweise in einem Bündnis mit der PDS die Mehrheitsbeschaffer einer künftigen SPD-Regierung zu sein, um die SPD wieder auf einen „sozialen“ Kurs zu bringen. Die Arbeiterklasse braucht keine solche sozialdemokratische „Wahlalternative“ des dritten Aufgusses! **Brecht mit der Sozialdemokratie – ob SPD oder PDS!**

Der ehemalige SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine verplapperte sich in einem *Spiegel*-Interview und drohte, die WASG zu unterstützen, deren Führung dies freudig aufnahm, weil sie darin eine Garantie sah, in den Bundestag einzuziehen. Lafontaine sprach dann am 30. August bei der Montagsdemo in Leipzig, um den Arbeitslosen im Osten seine reformistisch-populistischen Konzepte von höheren Steuern für die Reichen zu verkaufen wie ein Quacksalber seine Mixturen. Lafontaine gibt sich als der gute alte Sozialdemokrat aus und läuft rum mit den Programmen aus den Zeiten, als es noch was zu verteilen gab und die Kapitalisten meinten, für den „sozialen Frieden“ etwas abgeben zu müssen. Seit der Wiedervereinigung sind diese Zeiten vorbei. Lafontaine tat bereits in den 80er-Jahren das, was Schröder jetzt tut. Er griff schon damals die Gewerkschaften an und verlangte Flexibilisierung. Er spielte eine zentrale Rolle dabei, das Asylrecht 1992 zu zerstören, und kürzlich gab er in der *Bild*-Zeitung SPD-Innenminister Schily volle Unterstützung für dessen rassistische Forderung, Lager für afrikanische Asylsuchende in Nordafrika zu errichten: sozialdemokratische Konzentrationslager, die verhindern sollen, dass Flüchtlinge auch nur in die Nähe der rassistischen Festung Europa kommen. Die Arbeiterbewegung muss mit den nationalistischen Demagogen vom Schlage Lafontaines brechen.

SAV: Linke Rhetorik in reformistischen Diensten

Die SAV kennt die ganzen Sauereien, die Lafontaine gemacht hat und listet sie zum Teil in ihrer Zeitung *Solidarität* auf, so etwa in der September-Ausgabe unter der Überschrift „Hoffnungsträger Oskar Lafontaine?“ Bereits im August hatten sie auf ihrer Website einen Artikel veröffentlicht, der sehr richtige Punkte gegen Lafontaine machte. Sie schrieben:

„Es kann nicht darum gehen, über Parlamente auf eine Veränderung zu hoffen. Nötig ist eine Partei, die sich als Kampfinstrument auf allen Ebenen versteht – auch in den Parlamenten als Sprachrohr, aber vor allem aktiv und kämpferisch in den Betrieben und auf der Straße. Ein gemeinsamer Kampf von Frauen und Männern, Deutschen und Nicht-Deutschen, gegen jede Form von Diskriminierung ist dafür unerlässlich. Lafontaines Nationalismus steht dazu in krassem Gegensatz: Zu Schilys rassistischen Vorstößen zu Auffanglagern in Afrika zur Umgehung der Reste des deutschen Asylrechts schrieb Lafontaine in der *Bild*: „Schily hat Recht.“ („Mit Lafontaine in den Bundestag?“, 11. August)

Das sind alles richtige Punkte, insbesondere, dass die SAV versucht die Verbindung zu machen, dass gegen jede Form von Diskriminierung gekämpft werden muss. Nur steht dies in krassem Widerspruch zu dem, was die SAV *tut* – die WASG aufzubauen und als ihr linkes Feigenblatt zu agieren. So kann man im dem zitierten Artikel auch finden,



dpa/Settnik

Leipzig, 30. August. SPD-Populist Lafontaine will Montagsdemo als Sprungbrett für dritten Aufguss der Sozialdemokratie nutzen

wie die SAV die Wahlchancen der WASG mit Lafontaine wachsen sieht: „Lafontaines Bekanntheit und sein Auftreten gegen Schröder würden dazu beitragen, die WASG vor allem in West-Deutschland schnell auch in den Betrieben zur wähl- und unterstützbaren Alternative zu machen.“ So ist dann auch das Fazit in ihrem „Hoffnungsträger“-Artikel deutlich: „Kommt Lafontaine, ist der Aufbau eines starken und kämpferischen sozialistischen Flügels in der WASG umso dringender.“ Was die SAV propagiert, ist also nicht Spaltung von dem reformistischen, nationalistischen Programm Lafontaines, sondern gerade Einheit mit diesem. Dies ist hundertprozentig dazu entgegengesetzt, eine dringend notwendige revolutionäre Avantgardepartei aufzubauen. So hängt die SAV letztlich diesem verrotteten Block für eine Neuauflage der Sozialdemokratie nur ein linkes Mäntelchen um.

Sehen wir uns das „sozialistische“ Programm der SAV mal näher an: „Wir fordern, dass die Reichen und Superreichen zur Kasse gebeten werden, um Sozialleistungen und ein gutes Gesundheitswesen zu finanzieren. Eine drastische progressive Besteuerung auf Gewinne und Vermögen wäre ein erster Schritt in diese Richtung“ (*Solidarität*, September 2004). Dies stellt im Kern genau das dar, was Lafontaine argumentiert. Die SAV argumentiert aber auch, man höre und staune, für „sinnvolle Enteignungen“. Was darunter zu verstehen ist, wird dann auch erklärt: „Nämlich von solchen Firmen, die dicht machen, verlagern oder Arbeitsplätze im großen Umfang vernichten ... [sowie] die großen Banken und Konzerne generell“. Ohne den revolutionären Sturz des kapitalistischen Staats aber, und darüber spricht die SAV nie, bleibt dieses schon sehr limitierte Programm von Enteignungen der Kapitalisten einfach ein utopischer sozialdemokratischer Traum, der darauf baut, dass man den kapitalistischen Staat für die Zwecke der proletarischen Machtübernahme benutzen kann. Nichts ist gefährlicher, als diese Illusion in die Arbeiterbewegung zu tragen, wie es Allendes Volksfrontregierung in Chile Anfang der 70er-Jahre tat, die damit den Weg ebnete für den Putsch Pinochets 1973, dem tödlicher Terror gegen die Linke und die Arbeiterbewegung folgte.

Die bürgerliche Staatsmaschinerie muss zerschlagen werden, und dafür braucht man eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei, die ein wirklicher Tribün aller Unterdrückten ist. Unabdingbare Voraussetzung ist der Bruch mit allen Arten sozialdemokratischer Klassenkollaboration, wie es uns die Führer der Russischen Oktoberrevolution, Lenin und Trotzki, gelehrt haben. Wir Spartakisten haben uns verpflichtet, eine solche Partei aufzubauen. ■

DaimlerChrysler...

Fortsetzung von Seite 4

anzubieten, da sie vorgaukeln, dass man einfach durch etwas mehr Kampf die Sache schaukeln könnte, ohne dass sie auf die Grundlagen für die ständigen Ausverkäufe und den zunehmenden offenen Verrat eingehen: sozialdemokratische Klassenzusammenarbeit und die *damit einhergehende Spaltung der Arbeiterklasse* in Ost und West, Deutsche und Immigranten, Frauen und Männer, Alte und Junge. Die Arbeiterklasse braucht eine Partei, die als Tribun all der Unterdrückten auftritt und der Arbeiterklasse das Bewusstsein vermittelt, dass man, um Ausbeutung und Unterdrückung zu beenden, das kapitalistische System durch eine Arbeiterrevolution stürzen muss.

Bluten für den „Standort Deutschland“

„Standort Deutschland“ heißt, die Arbeiter zur Ader zu lassen, damit „ihr“ Betrieb konkurrenzfähig gegen die anderen Betriebe und Standorte bleibt. Mit dem gleichen Argument wird man natürlich den Arbeitern bei den anderen Betrieben Kürzungen reinwürgen, und tatsächlich verweisen die Opel- und VW-Bosse auf DC und die Notwendigkeit, konkurrenzfähig zu sein. Bei Daimler wurde versucht, Südafrika gegen Deutschland und innerhalb Deutschlands Sindelfingen gegen Bremen auszuspielen. Bei Opel ist es das polnische Gliwice und das schwedische Trollhättan gegen das deutsche Bochum bzw. Rüsselsheim. Dabei wird nach Kräften versucht, die Arbeiter durch das Schüren von Nationalismus zu spalten. Solange die Arbeiter der nationalistischen Gewerkschaftsbürokratie abkaufen, dass sie gemeinsame Interessen mit den Bossen hätten, werden sie nicht für ihre eigenen Interessen kämpfen können. Die Antwort der Arbeiter bei Daimler wies in die richtige Richtung: Bremen demonstrierte in Solidarität mit Sindelfingen, die Metallarbeitergewerkschaft NUMSA wies Lügen bezüglich geplanter Produktionsverlagerungen nach Südafrika zurück und DC-Brasilien protestierte in Solidarität mit Sindelfingen. Die Antwort auf „gemeinsam mit den Bossen für den Standort“ kann nur gemeinsamer internationaler Klassenkampf gegen den gemeinsamen Klassenfeind, die Kapitalisten, sein. Das bedeutet, dass gerade die bestorganisierten Arbeiter der profitabelsten Standorte den Arbeitern der weniger „sicheren“, schlechter organisierten Standorte zur Seite stehen müssen in dem Kampf, die gemeinsamen Interessen gegen die Bosse zu verteidigen.

Ein entschlossener politischer Kampf muss gegen diejenigen Bürokraten geführt werden, die an Stelle von Klassenkampf die Illusion des bürgerlichen Parlamentarismus setzen. Millionen haben sich empört von der arbeiterfeindlichen Politik der SPD abgewendet, und die PDS hat spätestens mit dem Eintritt in den Berliner Senat bewiesen, dass sie kein Deut besser ist. Im Gegenteil, die PDS war zentral dafür verantwortlich, die Tarifverträge im öffentlichen Dienst in Berlin auszuhebeln, und verwaltet jetzt die Zwangsarbeit des sozialdemokratischen Arbeitsdienstes nach Hartz IV. Seit es mit der SPD richtig bergab geht, haben einige Gewerkschaftsbürokraten eine Rettungsaktion für die sozialdemokratische Ideologie gestartet und eine „Wahlalternative“ (WASG) ins Leben gerufen (zu PDS, WASG und Lafontaine siehe auch den Titelseiten-Artikel in dieser Ausgabe des *Spartakist*). Sie schreiben:

„Nur wenn diese Menschen ihre Interessen auch parlamentarisch-politisch wieder zur Geltung bringen, indem sie eine soziale Wahlalternative in den Bundestag bringen, kann die Mehrheit von CDU/CSU/FDP, die ansonsten schon sicher scheint, vielleicht doch noch verhindert werden. Nur so bestünde die Chance, weitere gegen die ArbeitnehmerInnen gerichtete Umbaumaßnahmen (v. a. im

Tarifrecht und im Kündigungsschutz) zu verhindern.“ („Für eine wahlpolitische Alternative 2006“, 15. März).

Das ist nichts anderes als die Lüge vom „kleineren Übel“ in neuer Verpackung: Sie wollen der SPD, mit oder ohne PDS, wieder eine Mehrheit im Bundestag verschaffen. Dazu passt, dass aus dem Kreise der Initiatoren, darunter Klaus Ernst, 1. Bevollmächtigter der IGM in Schweinfurt, kein Wort der Kritik an dem empörenden Ausverkauf der erkämpften Errungenschaften der Arbeiter bei DaimlerChrysler gefallen ist.

Es ist wichtig zu verstehen, dass die Verbindung der SPD mit den Gewerkschaften durch die Gewerkschaftsbürokratie ein Mittel für die Regierung Schröder ist, die Gewerkschaften ruhig zu stellen und sie den Kapitalisten unterzuordnen, und nicht umgekehrt ein Mittel, diese Regierung irgendwie zu einem Interessenvertreter für die Arbeiterklasse zu machen. Die Idee, die Regierung Schröder oder eine künftige SPD-mit-wem-auch-immer-Regierung auf einen arbeiterfreundlichen Kurs bringen zu wollen, ist eine parlamentaristische Illusion. Hier ist es gerade wichtig den Kern der Lehre von Marx und Engels über den bürgerlichen Staat zu verstehen, dass selbst die demokratischsten aller parlamentarischen Regierungen im Kapitalismus nichts weiter sind und sein können als der geschäftsführende Ausschuss der Kapitalistenklasse. Die Arbeiterklasse kann nicht die bürgerliche Staatsmaschinerie für ihre Zwecke in Bewegung setzen, sondern muss sie letztlich zerbrechen und zerstören.

Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Die Kapitalisten sind jetzt mehr denn je entschlossen, die letzten Reste des „Sozialstaats“ abzuschaffen, damit sie diese „Extra-Ausgaben“ nicht daran hindern, ihre Konkurrenten auf dem Weltmarkt, die USA und Japan, zu bekämpfen und zumindest wirtschaftlich nicht den Anschluss an die militärisch unangefochtene Weltmacht Nummer Eins, USA, zu verlieren. Die Europäische Union ist ein imperialistischer Handelsblock, der das Ziel hat, die Konkurrenzfähigkeit des deutschen und der anderen europäischen Imperialisten zu verbessern. Und sie vereint die herrschenden Klassen Europas gegen die werktätigen Massen. Mit der Osterweiterung stehen nun die Arbeiter Osteuropas als EU-Bürger zweiter Klasse direkt unter der Fuchtel der rassistischen Festung Europa und werden noch direkter von den europäischen Imperialisten ökonomisch ausgebeutet. *Nieder mit der imperialistischen EU!*

Die kapitalistische Konterrevolution hat die Industrie Osteuropas zerstört, ähnlich wie in der Ex-DDR. Nur dass es in den osteuropäischen Ländern nicht einmal die „Aufbau-Ost“-Investitionen gab. Der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung wurde ruiniert, die Arbeitslosigkeit liegt bei 20 Prozent. Die deutschen Kapitalisten haben wieder Zugang zu dem, was sie historisch als ihren Hinterhof ansehen, um die Arbeiterklasse Osteuropas auszubeuten. In den Verhandlungen über den Beitritt zur EU stellten die europäischen Imperialisten eine Reihe von Beitrittskriterien auf, die ein Programm brutaler sozialer Angriffe darstellen. In Polen wurde z. B. der Bergbau „saniert“, d. h. Bergleute wurden en masse gefeuert, Zechen geschlossen. Die Arbeitslosenunterstützung ist so niedrig, dass man nicht davon leben kann. Heute findet man in der historischen polnischen Bergbauregion Jelena Gora (Arbeitslosigkeit über 40 Prozent) viele Gruben in den Wäldern, die von entlassenen Bergleuten stammen, die mit Spaten nach Kohle graben, um sie dann zu verkaufen. Andere versuchen sich mit dem Sammeln von Alteisen über Wasser zu halten, in einigen Gegenden verschwinden selbst die Kanaldeckel. Das ist das Ergebnis der Konterrevolution – in Polen angeführt von

Solidarność.

Solidarność entwickelte sich Anfang der 80er-Jahre in Polen schnell in eine klerikale, antisemitische und offen konterrevolutionäre Kraft. Die katastrophale Wirtschaftspolitik der korrupten polnischen Stalinisten hatte die Basis dafür gelegt, dass Solidarność bei einem großen Teil der historisch prosozialistischen polnischen Arbeiterklasse Gehör finden konnte. In Westdeutschland überschlug sich die angebliche Linke mit „Solidarität mit Solidarność“ und die Pseudotrotzkisten trieben ihren Antikommunismus zu neuen Höhenflügen. Wir standen gegen unsere Bourgeoisie und diese Pseudolinken durch unsere unversöhnliche Opposition zu Solidarność, von der seit September 1981 klar war, dass ihre Führung sie auf einen konterrevolutionären Kurs konsolidiert hatte. Als Teil unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten bezogen wir im Dezember 1981 eine Seite mit der polnischen stalinistischen Bürokratie, als diese Solidarnośćs konterrevolutionären Drang zur Macht mit einem Gegenputsch stoppte. Wir hofften, Zeit zu gewinnen für den Aufbau einer polnischen trotzkistischen Partei, die den polnischen Arbeiterstaat durch eine politische Revolution retten könnte. Wir sind stolz darauf, unnachgiebig die Wahrheit über Solidarność gesagt zu haben und gegen die Konterrevolution von Solidarność gestanden und gekämpft zu haben, die den Weg ebnete in die heutige Verelendung der polnischen Arbeiterklasse und die horrend hohe Arbeitslosigkeit.

Als proletarische Internationalisten sind wir Feinde des imperialistischen EU-Blocks. Und wir sind Feinde seiner Ausweitung nach Osten, denn dies stärkt den deutschen Imperialismus und trägt dazu bei, die osteuropäischen Arbeiter zu verelenden. Gleichzeitig bekämpfen wir die rassistischen Arbeitsverbote gegen osteuropäische Arbeiter aufs Entschiedenste. Die Arbeitsverbote sind chauvinistisch und dienen der Spaltung der Arbeiterklasse, indem sie die westeuropäischen Arbeiter an ihre eigenen Bourgeoisien ketten sollen. In Wirklichkeit wird es den osteuropäischen Arbeitern mit der Einschränkung ihrer Rechte erschwert, sich Gewerkschaften und Arbeiterkämpfen hier anzuschließen, und so wird eine rechtlose Schicht von illegalisierten Niedriglohnarbeitern in Westeuropa geschaffen, die umso besser gegen die Gewerkschaften eingesetzt werden können. Es ist im ureigensten Interesse der Gewerkschaften, hier für die Rechte eines jeden Arbeiters, woher er auch kommt, zu kämpfen. **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben! Weg mit allen Arbeitsverboten! Keine rassistische Diskriminierung der Bevölkerung der osteuropäischen EU-Staaten!**

So wie die Arbeiter hier mit den niedrigeren Löhnen in den neuen EU-Mitgliedsländern konkurrieren sollen, wird den Arbeitern dort erklärt, dass sie mit den noch niedrigeren Löhnen in der Ukraine oder Russland konkurrieren sollen. Das führt hier wie dort zu einer Abwärtsspirale des jeweiligen Lebensstandards. Der einzige Ausweg ist der Zusammenschluss der Arbeiter über die ethnischen und nationalen Grenzen hinweg. Entweder kämpfen die Arbeiter verschiedener Nationalitäten und Ethnien gemeinsam, oder sie werden getrennt voneinander geschlagen werden. Auf dieser proletarisch-internationalistischen Perspektive



IG Metall

6. Mai 2003, Waltershausen. Der Verrat des Oststreiks durch die SPD-Gewerkschaftsbürokraten bereitete den Angriff auf die 35-Stunden-Woche vor

basiert unsere Opposition zur EU. Das hat nichts mit nationalistischem Protektionismus zu tun, wie er von weiten Teilen der Pro-EU-Gewerkschaftsbürokratie vertreten wird. Nur der Sturz des Kapitalismus durch eine Arbeiterrevolution und der Aufbau der *Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa*, als Teil einer weltweiten sozialistischen Gesellschaft, kann die Basis für eine Entwicklung legen, wo die Produktivkräfte tatsächlich der Menschheit dienen.

Brecht mit der Sozialdemokratie – ob SPD oder PDS!

Ein DC-Arbeiter stellte nach dem Ausverkauf durch die Gewerkschaftsbürokraten die Frage, wie denn die Arbeiter gewinnen können, wenn die eigene Führung gegen sie arbeitet. Dies ist tatsächlich ein riesiges Problem. Zentral für die Lösung davon ist das Bewusstsein, dass die Arbeiterklasse sich unabhängig von den Kapitalisten organisieren muss, und der politische Bruch mit den Agenturen der Bosse in der Arbeiterbewegung – der Sozialdemokratie, egal ob SPD oder PDS. Wie sieht es diesbezüglich auf der Linken aus? Der Untertürkheimer DC-Betriebsrat Tom Adler, einer der Führer der Gewerkschaftslinken, erklärte in einem Interview mit der *jungen Welt* (12. Juli):

„Der Stoff für eine Gegenoffensive ist also da. Die Frage ist aber, was die Führungen der IG Metall und der Betriebsräte daraus machen. Ich habe den Eindruck, dass diese die Tiefe der laufenden Kapitaloffensive nicht erkennen. Nur wenn die Unternehmer Angst haben müssen, die Kontrolle zu verlieren – wie 1996 beim Kampf um die Lohnfortzahlung – werden wir sie stoppen können.“

Was bei Tom Adler und auch bei Syndikalisten unter den Tisch fällt, ist, dass die IG-Metall-Führung und die Betriebsräte politisch Konzessionen machen an die SPD und die SPD-geführte Bundesregierung. Die drei Zauberbuchstaben SPD oder auch in anderer Reihenfolge PDS tauchen nicht auf. 1996 war Kohl (CDU) an der Macht und die IG-Metall-Führung hatte kein Problem, ihm ein bisschen Ärger zu machen, zumal es der SPD auch noch half. Jetzt ist aber die SPD am Ruder. Die Gewerkschaftsbürokratie ist durch

Fortgesetzt auf Seite 10

DaimlerChrysler...

Fortsetzung von Seite 9

die Extraprofite der Imperialisten gekauft und der politische Ausdruck davon ist sozialdemokratische Verratspolitik im Interesse des deutschen Imperialismus. Wenn Adler davon spricht, dass die IG Metall „die Tiefe der laufenden Kapitaloffensive nicht erkenne“, dann versteht er nicht, dass die Gewerkschaftsbürokratie in Wirklichkeit der SPD und, vermittelt ihr, dem bürgerlichen Staat sehr viel stärker verpflichtet ist als ihrer Mitgliedschaft. Der stinkende giftige Kleber, der dies zusammenhält, heißt „nationale Interessen“, wovon die angeblich gemeinsamen „betrieblichen Interessen“ ein anderer Ausdruck sind. Dies zu durchbrechen erfordert einen bewussten politischen Kampf gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung auf einem revolutionären internationalistischen Programm.

Eine sich selbst als revolutionär bezeichnende Organisation, die Gruppe Arbeitermacht (GAM), kritisiert die Gewerkschaftsführung dafür, dass diese die Kampfbereitschaft bei Daimler und anderswo verrät. So schreibt sie:

„Diese Kampfbereitschaft kam nur deshalb nicht zum Tragen oder zum Erfolg, weil die Gewerkschaftsspitzen und besonders kapitalfreundliche Betriebsratsfürsten den ArbeiterInnen in den Rücken gefallen sind. Auch um die Bremser in den Gewerkschaftsführungen unter Druck zu setzen, ist es deshalb nötig, die Montagsproteste mit betrieblichen Aktionen zu verbinden. Das schließt einen politischen Kampf gegen die herrschende Bürokratie im DGB ein.“

Wie das dann aussehen soll, verrät uns die GAM auch gleich unter der Zwischenüberschrift „*Streik!*“: „Die Führungen der Gewerkschaften – aber auch die Sozialverbände und die PDS – müssen aufgefordert werden, die Mobilisierungen nicht nur zu unterstützen, sondern sie selbst aktiv zu organisieren. So können auch Illusionen in sie in der Praxis getestet werden.“ Welch ein Hohn, den uns die ach so revolutionären Taktiker der GAM da vorsetzen, um „Illusionen zu testen“. Seit die SPD an der Macht ist, werden die Angriffe auf die Gewerkschaften und die Errungenschaften der Arbeiterbewegung effektiv geführt, da es Schröders Parteifreunde – unter fleißiger Mithilfe der PDS – sind, die den Widerstand dagegen sabotieren und die Kämpfe abwürgen. Was gibt es da noch zu „testen“? Tatsächlich will die GAM die SPD und PDS immer wieder „testen“, indem sie jedes Mal, auf ihre eigene bescheidene Weise, dafür sorgt, dass SPD und PDS trotz all der Sauereien wiedergewählt werden. So reduziert sich dann die linke Rhetorik „bis hin zum Generalstreik“ in der Realität auf etwas ganz Ordinäres: Die Rolle der GAM ist nichts anderes als schmutzige Wascherträger für die Sozialdemokratie zu sein.

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Es ist notwendig, einen politischen Kampf gegen die kapitalistische Gewerkschaftsbürokratie zu führen. Sieht man sich den Daimler-Abschluss an, so liest er sich wie ein Programm zur Spaltung der Belegschaft: 40-Stunden-Woche in den Bereichen Forschung und Entwicklung, 20–30 Prozent niedrigere Löhne und zusätzlich vier unbezahlte Arbeitsstunden pro Woche für Kollegen in „Dienstleistungsbereichen“, Neueinstellungen und Jugendliche sollen ebenfalls mindestens 20 Prozent weniger Lohn erhalten. D. h. die Gewerkschaftsspitzen haben die schwächeren Teile der Belegschaft ans Messer geliefert „für“ die stärkeren, d. h. diejenigen, die sie als ihre Kernklientel ansehen: die besser gestellten meist weißen deutschen männlichen Facharbeiter. Natürlich werden diese, nur etwas langfristiger betrachtet, dadurch ebenfalls ans Messer geliefert. Der Kampf

gegen die seit der Konterrevolution in der DDR permanente Massenarbeitslosigkeit muss geführt werden durch die *Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich und ein Programm öffentlicher Arbeiten zu Tariflöhnen*. Krise und Arbeitslosigkeit sind aber untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden. Die notwendigen täglichen Kämpfe gegen die Angriffe der Kapitalisten müssen durch solche Forderungen in einem System von Übergangsforderungen verbunden werden, die eine Brücke darstellen zu dem Bewusstsein, dass die Arbeiterklasse durch eine sozialistische Revolution den Kapitalismus stürzen muss. 1938 schrieb der russische Revolutionär Trotzki im Übergangsprogramm:

„Es ist an der Zeit, gegen die ‚strukturelle‘ wie auch die ‚konjunkturbedingte‘ Arbeitslosigkeit neben der Forderung nach öffentlichen Arbeiten die Losung der *gleitenden Skala der Arbeitszeit* auszugeben. Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen Arbeitende und Arbeitslose in gegenseitiger Bürgschaft und Solidarität vereinen... Kann der Kapitalismus die Ansprüche nicht befriedigen, die sich unvermeidlich aus den von ihm erzeugten Übeln ergeben, dann mag er zugrunde gehen.“

Erst wurden die Ostmetaller geopfert, die Westarbeiter nicht gleich getroffen. Jetzt werden in den Kernbetrieben im Westen die Frauen, jungen Arbeiter und Immigranten geopfert. Als nächstes kommt ein Deal, wo *alle* leiden werden – inklusive der stärksten Schichten der Arbeiterklasse –, aber die werden immer noch weniger geschöpft als andere, schwächere, was den stärkeren dann als ein „Sieg“ verkauft werden wird. Dagegen müssen wir ein politisches Kampfinstrument schmieden, eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei, die als *Tribun aller Unterdrückten* agiert. D. h. sie kämpft in erster Linie darum, dass die Arbeiterklasse mobilisiert wird zur Verteidigung gerade der schwächsten, verletzlichsten Schichten der unterdrückten Bevölkerung in der Gesellschaft, der Frauen, Immigranten etc. So muss man die Arbeiter losreißen von Reformismus und Klassenkollaboration. Gegen die Spaltung entlang ethnischer Linien müssen die Arbeiter mobilisiert werden gegen Rassismus, wo immer er auftritt, seien es die Bosse im Betrieb, rassistische Abschiebungen von Schily, die Arbeitsverbote gegen osteuropäische Arbeiter oder die rassistischen Razzien auf Baustellen, wie sie von der IG BAU propagiert werden. Gegen die Spaltung entlang nationaler Linien kann die Antwort nur gemeinsamer internationaler Klassenkampf sein und die Bekämpfung jeglicher nationalistischer/chauvinistischer Vorurteile, wie sie von der Sozialdemokratie geschürt werden.

Der Angriff auf die 35-Stunden-Woche kann und muss zurückgeschlagen werden. Jede Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet nicht nur eine Erhöhung der Ausbeutungsrate auf Kosten der Arbeiter, sondern auch, dass noch Zigtausende mehr den entwürdigenden Hartz-IV-Gesetzen zum Opfer fallen werden. Dieser Kampf muss mit dem Kampf gegen Hartz IV verbunden werden. Hartz IV soll Millionen Menschen in ein Heer von Verzweifelten verwandeln, gezwungen *jede* untertarifliche Arbeit anzunehmen. Damit ist Hartz IV ein Rammbock, mit dem die Kapitalisten einen Großangriff auf tarifliche Arbeit gegen die organisierte Arbeiterbewegung planen. Die Arbeiter, die die Macht haben, die Profite der Bosse zum Erliegen zu bringen – gerade im Westen, wo die Industrie liegt –, müssen den Arbeitslosen, die vor der Vernichtung ihrer Existenz durch Hartz IV stehen, zu Hilfe eilen.

Der Kapitalismus wird nicht freiwillig weichen. Er kann nicht abgewählt werden oder reformiert werden. Er muss gestürzt werden durch eine Arbeiterrevolution. Das Instrument dafür ist eine revolutionäre trotzkistische Arbeiterpartei, die wir Spartakisten aufbauen. ■

Fahrenheit 9/11...

Fortsetzung von Seite 5

denkt, dass Bush & Co. eine nationale Einheit verletzt haben, die, basierend auf der Sensibilität der einfachen Menschen, wieder hergestellt werden muss. Seiner Aussage zufolge bringt uns ein Sieg der Demokraten einen Schritt dem Ziel näher, „dieses Land zurück in die Hände der Mehrheit“ zu bekommen (*New York Times*, 24. Juni). Aber es gibt keine nationale Einheit und es kann auch keine geben, denn diese Gesellschaft ist in soziale Klassen mit entgegengesetzten Interessen geteilt. Die gesamte Gesellschaft ist so aufgebaut, dass die winzige Klasse der Kapitalisten, denen die Fabriken, die Banken, das Verkehrswesen usw. gehören, aus der Arbeit derjenigen, die den Reichtum produzieren, der Arbeiterklasse, Profit macht.

Moore's Weltanschauung erklärt einige der eklatanten Auslassungen im Film. Seine populistische Sicht führt ihn zum Beispiel dazu, die engen Bande der Bush-Regierung zur christlichen Rechten zu ignorieren, denn dies zu sehen, würde bedeuten, anzuerkennen, dass Bush wirklich eine Basis in der Bevölkerung hat. Die Zuschauerzahlen für *Die Passion Christi* sind echt. Die Neokonservativen werden als Personen lächerlich gemacht, aber nicht dafür angegriffen, dass sie Berater für die Politik der Irak-Invasion waren. Sie sind eng mit der religiösen Rechten verbunden, besonders bei der Unterstützung des zionistischen Israels. Würde Moore diese Tatsache erwähnen, würde das seinen Wahlkampf für die Demokraten behindern, denn die Demokraten sind mindestens genauso der Unterstützung der Zionisten verpflichtet wie die Republikaner. Tatsächlich erklärte Moore selbst in einem Interview in der *Los Angeles Times* (22. Juni): „Israel ist eine Demokratie.“

Wo Moore (und viele andere Menschen) denken, dass es notwendig ist, sich die Nase zuzuhalten und im November die Demokraten zu wählen, argumentieren wir, dass eine Stimme für die Demokraten eine Stimme dafür ist, die arbeitenden Massen an ihre Unterdrücker zu ketten, und dass die Notwendigkeit darin besteht, die Basis zu legen für einen bewussten *Klassenbruch* weg von den Demokraten in Richtung politischer Unabhängigkeit für die Arbeiter. Die ganze Aufregung um *Fahrenheit 9/11* und dessen „Jeder-außer-Bush“-Popularität illustriert aufs Beste, warum der russische Revolutionär Lenin in seinem Buch *Staat und Revolution* feststellte: „Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus“. Er beschrieb es folgendermaßen: „Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll – das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, nicht nur in den parlamentarisch-konstitutionellen Monarchien, sondern auch in den allerdemokratischsten Republiken.“

Denk mal darüber nach. In den letzten paar Jahren haben sich zunehmend mehr Aktivisten an Kämpfen gegen den Wahnsinn des kapitalistischen Systems beteiligt. Aber bring dann mal die Frage der Wahlen ins Spiel. Ganz urplötzlich werden viele derjenigen, die zunehmend mit der Idee sympathisieren, das ganze kapitalistische System loszuwerden, ganz aufgebracht: Wir müssen doch unbedingt den kapitalistischen Unterdrücker Bush feuern, auch wenn das bedeutet, den kapitalistischen Unterdrücker Kerry zu unterstützen. Füg noch ein paar links klingende Stimmen zu diesem Chor hinzu (wie die von Moore) und du hast einen ziemlich stabilen Aufmarsch von Kräften, die dafür arbeiten, jeden zu überzeugen, dass es innerhalb des kapitalistischen Rahmens eine wirkliche Alternative *gibt*.

Als wir mit Leuten diskutierten, die gerade *Fahrenheit 9/11* gesehen hatten, trafen wir gelegentlich auf Argumente

wie: „Es gibt keinen großen Unterschied zwischen den Demokraten und den Republikanern, aber die Dinge stünden besser, wenn Gore Präsident wäre.“ Aus Moore's Film könnte man schlussfolgern, dass kein amerikanischer Kapitalist je irgendetwas in Bezug auf den Irak getan hat, bevor George W. Bush und der 11. September zusammentrafen. Das entspricht nicht mal annähernd der Wahrheit. Eine Gore-Regierung wäre vielleicht nicht in den Irak einmarschiert und hätte keine Kolonialbesatzung errichtet – vom Standpunkt der herrschenden Klasse aus war diese Aggression eine Option unter mehreren –, aber er hätte wahrscheinlich „nur“ die Irak-Politik des Demokraten Clinton fortgeführt: Sanktionen, deren Auswirkungen durch regelmäßige Bombardierungen noch verschlimmert wurden, den Irak vollständig verwüsteten und *Hunderttausende mehr Irakis tötete als Bushs Krieg*. All dies passierte (neben Clintons Abenteuern in Somalia, Haiti und Serbien) unter einem humanitären Deckmantel und führte nur zu minimalen Protesten.

Warum also führen die Kapitalisten alle diese Kriege? Moore stellt zwar brillant die Heuchelei der Kriegspropaganda von Bushs Regierung zur Schau, aber seine Erklärungen für die zugrunde liegenden Motive sind flach. Entsprechend den neuesten Storys der Antiglobalisierungs-Ideologie bietet er als Erklärung ein inzestuöses Geflecht an, das die königliche saudische Familie mit der Familie Bush verbindet, die wiederum mit Cheney und einer Hand voll ähnlich reicher weißer Profithaie großer Firmen im Bett liegt. Aber es ist absurd, zu denken, dass allein die persönlichen Profitinteressen einer Hand voll Leute den Afghanistano- oder Irakkrieg motivierten.

Die Regierung ist das Exekutivkomitee der herrschenden Kapitalistenklasse, die mehr tut als nur einem Haufen Räuberbarone Steuerbefreiungen zu verschaffen. Das Weiße Haus und der Kongress müssen die strategischen Interessen verteidigen, die dem kapitalistischen System dienen. Also sieht man vielleicht, wie kapitalistische Politiker sich über

Fortgesetzt auf Seite 12



Reuters

New York City, 30. Juni: Mutter eines Soldaten bei Pressekonferenz, zu der Militärfamilien als Unterstützung von Moore's Film aufgerufen hatten

Fahrenheit 9/11...

Fortsetzung von Seite 11

Taktik in die Haare geraten (Demokraten: „Wir brauchen die UNO!“; Bush & Co.: „Schieß auf diese Weicheier!“). Aber beide Seiten sind der gleichen Sache verpflichtet: Da die Sowjetunion nicht mehr existiert, muss der US-Imperialismus seine überwältigende Militärmacht benutzen, um im Interesse des reinen Profits der US-Kapitalisten seine Kontrolle über die Rohstoffe und Märkte der Welt auszuweiten und zu festigen, auf Kosten der europäischen und japanischen Rivalen. Dabei hilft es, wenn man den Ölhahn der Welt kontrolliert. Ebenso hilfreich ist es, den imperialistischen Konkurrenten diktieren zu können, welche Rolle sie in der Weltarena spielen dürfen und welche Kriege (oder Handelsabkommen, Einflusssphären usw.) stattfinden werden. Die internationale kapitalistische Konkurrenz treibt die herrschende Klasse jedes dominanten Industrielandes dazu, ihr Profitstreben zu vergrößern und geographisch auszuweiten. Mit anderen Worten: Imperialismus ist keine Politik, die eine bestimmte Regierung betreiben oder auch lassen kann, sondern nichts anderes als der moderne Kapitalismus selbst.

Wenn ein amerikanischer Herrscher zu einem Krieg mobilisiert und zum Beispiel proklamiert, dies werde „die Welt sicher für die Demokratie“ machen oder „die unterdrückten Kosovaren befreien“, dann lügt er erstens und zweitens sind diese Lügen notwendig, um arbeitende Menschen dazu zu bringen, für die Profite ihrer eigenen Ausbeuter zu kämpfen und zu sterben. Diese Lügen sind nicht einfach das Ergebnis individueller moralischer Verderbtheit (wie Moore das im Fall Bush darstellt), sondern sie sind Resultat der Klasseninteressen der Kapitalisten und ihrer Repräsentanten, die sie als nationales Interesse ausgegeben werden müssen.

Am Ende von *Fahrenheit 9/11* sagt Moore über die US-Truppen: „Sie setzen ihr Leben aufs Spiel, damit wir frei sein können. Das ist ihr bemerkenswertes Geschenk an uns. Und alles, worum sie im Gegenzug bitten, ist, dass wir sie nicht in Gefahrsituationen schicken, falls es nicht absolut notwendig ist.“ Und dann, in Bezug auf Bushs Lügen über den Irak, intontiert Moore über die Truppen: „Werden sie uns je wieder vertrauen?“ Hmmm. Haben amerikanische Präsidenten zuvor schon mal gelogen, um Krieg zu führen? Nun, wenn Geschichte für irgendwas gut ist, dann dafür, solche Fragen zu beantworten.

• Der Spanisch-Amerikanische Krieg: Als das amerikanische Schlachtschiff USS *Maine* 1898 sank, wurde Spanien dafür verantwortlich gemacht, und „Denkt an die Maine“ wurde der Schlachtruf für Amerikas ersten imperialistischen Krieg, um Spanien zu besiegen und seine Kolonien Kuba und die Philippinen zu erobern. Heute ist es allgemein anerkannt, dass die Explosion, durch die das Schiff sank, durch Konstruktionsfehler hervorgerufen worden war.

• Erster Weltkrieg: Der demokratische Präsident Wilson rechtfertigte die US-Intervention mit dem Schwur: „Die Welt muss sicher gemacht werden für die Demokratie.“ Tatsächlich diente der Krieg, der in vorher nicht gekanntem Ausmaß auf allen Seiten zu Blutvergießen führte, nur dazu, die Welt unter den kapitalistischen Mächten neu aufzuteilen, während der aufstrebende US-Imperialismus danach ganz oben auf dem Treppchen stand.

• Zweiter Weltkrieg: Dieser angebliche „Krieg gegen den Faschismus“ war außer für die Sowjetunion in Wirklichkeit ein weiterer Krieg zur Neuaufteilung der Welt, diesmal ausgelöst durch Deutschlands Kampagne, die Ergebnisse seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg umzukehren, und durch Japans Konkurrenz mit den USA darüber, wer den Pazifik und Ostasien beherrschen würde. Über ein Jahr lang vor

Pearl Harbor versuchte Roosevelt einen japanischen Angriff zu provozieren, um eine Kriegserklärung Amerikas zu rechtfertigen. Er bekam den Angriff.

• Vietnam: Die Regierung des Demokraten Johnson fabrizierte Geschichten über einen unprovokierten Angriff auf ein amerikanisches Schiff im Golf von Tonking, um den Kongress dazu zu kriegen, praktisch eine Kriegserklärung zu verabschieden, was eine massive Eskalation des schmutzigen Kolonialkriegs der USA gegen die vietnamesischen Arbeiter und Bauern ermöglichte.

Tatsächlich wurden die meisten Kriege des amerikanischen Imperialismus unter Regierungen der Demokraten gestartet. (Zusätzlich zu den oben erwähnten initiierte der Demokrat Truman den Koreakrieg unter dem Deckmantel der Vereinten Nationen, und der Demokrat Clinton gab General Wesley Clark, den Moore während der Vorwahlen unterstützte, den Befehl, Serbien kaputt zu bombardieren). Also, warum haben die Demokraten die meisten Kriege Amerikas geführt? *Fahrenheit 9/11* zeigt anschaulich den Grund, obwohl Moore das so nicht beabsichtigt hatte. In einer Szene spricht Bush zu seinen Freunden, den reichen Bossen, und witzelt: „Das ist eine beeindruckende Versammlung hier, die Betuchten und die noch mehr Betuchten. Einige Leute nennen euch die Elite. Ich nenne euch meine Basis.“ Wer würde für *diese Leute* kämpfen und sterben wollen? Moore zeigt deutlich auf, wie durchsichtig und dumm Bushs Irak-Lügen waren – anders als bei den Demokraten, die viel netter klingende, humanitäre Kriegslügen bringen und als „Freunde der Arbeiter“ posieren.

Gerade dieses Image, im Vergleich zur anderen großen Partei des Kapitalismus netter, liebenswürdiger und der Bevölkerung freundlicher gesonnen zu sein, macht die Demokraten schädlicher, trügerischer und *effektiver* als die Republikaner. Schau dir an, was Moore kürzlich über Kerry sagte, einen Mann, der die amerikanische Truppenstärke im Irak wesentlich aufstocken will: „Er ist eine integere Person und hat sein Herz auf dem rechten Fleck. Er wird nie Kinder in den Krieg schicken, wenn er es nicht unbedingt tun muss. Denn er war selbst da“ (*San Francisco Chronicle*, 30. Juni). Genau deshalb, weil die Demokraten sich als kleineres Übel verkleiden können, sind sie die Partei, die der amerikanische Imperialismus für Rassismus und Krieg *bevorzugt*.

Die eklatanteste Auslassung des Films besteht vielleicht darin, dass Moore den „Krieg gegen den Terror“ einfach als Mechanismus behandelt, der benutzt wird, um in der Bevölkerung Angst vor Terroristen hervorzurufen, dass er aber ignoriert, wofür die Kampagne in erster Linie dient – als rassistische Hexenjagd gegen Immigranten, die die erste Zielscheibe sind im breiteren Krieg gegen Schwarze,

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 25,-
11 Ausgaben € 12,50

Bestell bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

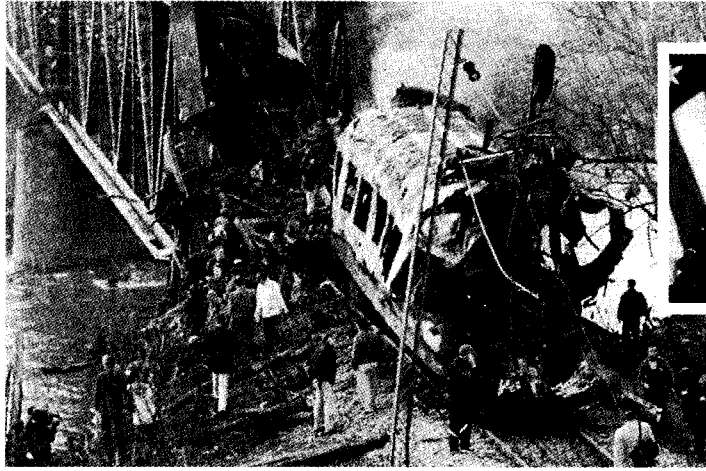
WORKERS VANGUARD
Down With the Occupation of Iraq!
We Need a Revolutionary Workers Party!
Democrats: A History of Knifing Labor and Blacks

Arbeiter und alle Unterdrückten. Warum lässt Moore außen vor, dass dies ein zentraler Bestandteil der zynischen Ausnutzung des 11. September durch die Kapitalisten ist? Moore vertritt auf seine eigene Weise die Argumente der demokratischen Politiker, dass Bush den „Krieg gegen den Terror“ nicht effektiv führe. In einem Interview in der Juli-Ausgabe des *Playboy* rät Moore den USA: „Heuert die Israelis an, um Osama zu finden und ihn zu töten.“

Moore macht sich über Bush lustig, weil der hinter den falschen Leuten her sei – harmlosen Friedensbewegten und einem Typ in einem Fitnesscenter, der Bush kritisiert hat –, und er führt den komischen mageren Überrest einer Polizeitruppe vor, der beauftragt ist, Oregons idyllische Küste zu „sichern“, und zeigt damit, dass Bush nicht mal seine eigenen Terror-Warnungen ernst nimmt. Aber indem Moore das tut, gibt er dem kapitalistischen fremdenfeindlichen Rahmen der nationalen Sicherheit implizit Glaubwürdigkeit. Nimm zum Beispiel seine Andeutungen, dass die Saudis etwa 7 Prozent der amerikanischen Wirtschaft kontrollieren und daher nach dem 11. September der Überprüfung entgehen konnten. Zunächst mal ist es ein Witz, zu glauben, dass der amerikanische Imperialismus der saudischen Königsfamilie Rechenschaft schuldet. Aber noch wichtiger ist, dass Moore, indem er über die Hexenjagd gegen Araber und Muslime in den USA schweigt, dem immer noch wild wuchernden, von der Regierung geführten Chauvinismus in die Hände spielt, wonach alle Araber potenzielle Terroristen seien, die überwacht werden müssten.

Wo wir gerade bei der Frage staatlicher Unterdrückung sind, können wir nicht einfach durchgehen lassen, dass Moore in seinem Buch *Volle Deckung, Mr. Bush* ekelhafterweise erklärt, dass der schwarze Journalist und frühere Black Panther Mumia Abu-Jamal „tatsächlich diesen Bullen getötet“ habe. Moore ignoriert willentlich das überwältigende Beweismaterial, das die Unschuld dieses Kämpfers gegen Unterdrückung der Schwarzen beweist, der wegen eines durchsichtigen Komplotts auf Grund seiner politischen Ansichten in der Todeszelle sitzt. Das ist die Art der Repression, die die Regierung ernsthaft eskalieren will. In einem Fall wie diesem, der den rassistischen Kern Amerikas berührt, ist Moores Erklärung wie ein Treueid zur rassistischen kapitalistischen Ordnung.

Fahrenheit 9/11 zeigt eine Reihe von Szenen, die den Einfluss des Krieges auf schwarze Menschen in Amerika zeigen: die Geschichte von Lila Lipscomb, die Rekrutierungsoffiziere der Marines, die sich auf dem Parkplatz eines Einkaufszentrums herumtreiben auf der Suche nach jungen schwarzen Rekruten, und die Gruppe junger schwarzer Männer, die auf die Frage, ob sie einen Freund oder Verwandten haben, der im Irak kämpft, alle die Hand heben. Diese Szenen zeigen machtvoll, was es mit der Wehrverpflichtung aus wirtschaftlichen Gründen auf sich hat, wo gerade diejenigen, die durch die strukturelle Armut und rassistische Unterdrückung in dieser profitorientierten Gesellschaft am meisten zermürbt werden, sich schließlich an der Front des Krieges ihrer Unterdrücker wieder finden. Moore weckt Sympathie für das Elend dieser Jugendlichen aus der Arbeiterklasse und den unterdrückten Schichten, die losgeschickt werden, um die schmutzige Arbeit des Imperialismus zu tun. Viele, auch Moore selbst, schließen daraus, dass diejenigen, die gegen den Krieg sind, „die Soldaten unterstützen“ sollten. Aber der Irak ist ein klarer Fall, wo es notwendig ist, eine Seite zu beziehen, und zwar nicht die



Simon/SABA

Demokrat Bill Clinton, imperialistischer Kriegsverbrecher: Personenzug wurde während Terrorbombardierung Serbiens 1999 durch USA/NATO zerstört im Namen „humanitärer“ Intervention für die Kosovaren

Seite der USA oder derjenigen, die für sie das Kämpfen übernehmen – jeder Schlag gegen die amerikanischen Besatzungstruppen ist ein Schlag gegen die Feinde der Arbeiter und der Unterdrückten auf der ganzen Welt, auch in den USA.

Die immer währende Lüge der Kapitalisten, dass es eine „nationale Einheit“ gibt, muss zerschlagen werden. Es ist absolut notwendig, klar zu machen, dass eine Stimme für die Demokraten eine Stimme für eine demokratische Fassade des „Krieges gegen den Terror“ und der Besetzung Iraks ist, die die Demokraten nicht deshalb weiterführen werden, weil sie kein Rückgrat haben, sondern weil sie dem kapitalistischen System verpflichtet sind. Die Lösung, die Moore vorschlägt, kann diese Realität nicht ändern. Und was noch wichtiger ist, sein Populismus, seine Identifizierung mit der einfachen amerikanischen Bevölkerung, sein Bewusstsein über den Rassismus machen ihn besonders effektiv, Unterstützung für die Demokratische Partei in einer Weise zu mobilisieren, wie es die Demokraten selbst gar nicht können. Dies ist *direkt entgegengesetzt* zu dem, was am dringendsten nötig ist: ein politischer Bruch mit dem kapitalistischen System und daher mit der Demokratischen Partei.

Es gibt eine Kraft, die die Dinge verändern kann – die multirassische Arbeiterklasse, das Kollektiv der Produzenten, die sowohl die Macht haben als auch die Notwendigkeit spüren, die Gesellschaft auf Grundlage einer Produktion für die Bedürfnisse und nicht für den Profit erneuern und so die Basis dafür zu legen, dass Klassen und damit Ungleichheit aus der Welt geschafft werden. Der Kampf, diese Kraft zu entfesseln, ist der Kampf für eine Arbeiterpartei, die unabhängig von den kapitalistischen Parteien ist und auf einer Politik des Klassenkampfes basiert – die Mobilisierung der Macht der Arbeiter durch Streiks und andere Arbeiteraktionen –, um sich selbst, Schwarze, Immigranten und alle Unterdrückten zu verteidigen und letztlich die Zerschlagung der existierenden Staatsmacht anzupacken. Zwar ist *Fahrenheit 9/11* in vieler Hinsicht machtvoll, drückt aber eine Weltsicht aus, die heutzutage unter Arbeitern und linken Jugendlichen leider nur allzu weit verbreitet ist: dass Arbeiter gute Leute sind, die als Opfer eines von den Großkonzernen dominierten Systems eine potenziell machtvolle Wählerschaft darstellen. Der Schlüssel zur Befreiung der Menschheit ist das Verständnis, dass die Arbeiterklasse eine Klasse mit Macht ist, und zwar *die* Kraft zur Veränderung. Die Arbeiterklasse und die Unterdrückten können den Kapitalismus nicht abwählen. Wir brauchen eine Arbeiterrevolution.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 829, 9. Juli 2004

Trotzkismus und Anarchismus im Spanischen Bürgerkrieg

Nachfolgend drucken wir einen leicht redigierten Vortrag des Spartacist-Referenten Adrian Ortega auf einer öffentlichen Schulung der Spartacist League und des Spartacist Youth Club am 3. April in New York City, Übersetzung aus Workers Vanguard Nr. 828 vom 11. Juni 2004.

Der Anarchismus ist heute unter Jugendlichen und in linksliberalen Intellektuellenkreisen in Mode gekommen. Diese Jugendlichen versuchen gegen die soziale Realität aufzubegehren, die von einem Wirtschaftssystem diktiert ist, dessen Grundlage die Produktion von Profiten für die Hand voll von Kapitalisten ist, allerdings kommt dies nur in vielfältig verzerrter Weise zum Ausdruck: vom „grünen Radikalismus“ bis zum „Plattformismus“. Das Aufkommen des Anarchismus als vorherrschende Ideologie unter radikalisierten Jugendlichen von heute ist eine Widerspiegelung dessen, was wir Marxisten als einen globalen Rückschritt im politischen Bewusstsein nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991/92 und nach der Restauration



Agusti Centelles, Barcelona

Frauenmilizeinheit beim Abmarsch aus Barcelona an die Aragonfront zum Kampf gegen Francos reaktionäre Streitkräfte

Teil eins von zwei

des Kapitalismus im sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat und den deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas ansehen.

Wie der Titel dieses Forums besagt, wird sich der Vortrag vor allem mit der Gegenüberstellung zweier politischer Weltansichten beschäftigen, zum einen der Marxismus und seine moderne Fortsetzung, der Trotzkismus, und zum anderen der Anarchismus, der bei den Ereignissen im Spanischen Bürgerkrieg eine entscheidende Rolle spielte.

Der Bürgerkrieg (der etwa von 1936 bis 1939 dauerte) stellte vor dem Aufstieg der Militärdiktatur Francos, die mehr als 30 Jahre andauern sollte und Hunderttausende tötete, die letzte Möglichkeit für das Proletariat dar, den Kapitalismus in Spanien zu stürzen und die Tür zum Sozialismus zu öffnen. Im entscheidenden Industriezentrum Spaniens, Katalonien, organisierten bewaffnete Arbeiter Milizen und Fabrikkomitees, die die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung, das Privateigentum und den Staat erschütterten. Doch die radikalsten Massenfürher dieser Bewegung (die anarchistische FAI und die von ihr kontrollierte Nationale Konföderation der Arbeit [CNT] sowie die zentristische Arbeiterpartei der marxistischen Einheit [POUM]) zusammen mit der übrigen Linken (der Sozialistischen Arbeiterpartei [PSOE] und der stalinistischen Kommunistischen Partei

[PCE]) bewiesen, dass sie politisch unfähig waren, die Arbeiterklasse zur Emanzipation zu führen. Nur kleine Gruppen (wie die Anarchisten der Freunde Durrutis und die trotzkistischen Bolschewiki-Leninisten) versuchten während der Barrikadenkämpfe im Mai 1937 dem Proletariat zu einer revolutionären Führung zu verhelfen. Doch diese Gruppen konnten nicht ihre eigenen Grenzen überschreiten – insbesondere die fehlende Autorität der Trotzkisten im Proletariat und die Unfähigkeit der Freunde Durrutis, mit der anarchistischen Weltansicht zu brechen – und die Arbeiter zur Macht führen. Hätte es in Spanien eine erfolgreiche Revolution gegeben, so würde die Welt, in der wir jetzt leben, vollkommen anders aussehen.

Dieser Vortrag hat das Ziel, zu erklären, weshalb die strategischen „Fehler“, die die anarchistische Führung im Spanischen Bürgerkrieg machte, nicht einfach nur „Fehler“ waren, sondern die logische Folge eines Programms, das von Natur aus auf Klassenzusammenarbeit beruht – d.h. einer politischen Allianz zwischen Bourgeoisie und Proletariat, die die Arbeiter und ihre Kämpfe zügelte und dem Rahmen des Kapitalismus unterwirft. Doch zunächst noch einige Überlegungen zu den Wurzeln beider Strömungen.

Anarchisten behaupten, für eine klassenlose Gesellschaft zu kämpfen, und einige von ihnen verstehen auch, wie wir Marxisten, die zentrale Bedeutung des Proletariats bei dieser Aufgabe. Jedoch lehnen sie jegliche Art von „Autorität“ ab und sind folglich gegen die Existenz eines *jeden Staates* (der die Anwendung organisierter Gewalt bedeutet zum Schutz der Interessen der Klasse, die an der Macht ist). Sie lehnen auch Konzepte wie Führung und Zentralisierung ab und setzen ihnen „Autonomie“ oder „Spontaneität“ entgegen. Im Gegensatz dazu erklären Marxisten: „Autorität und

Autonomie sind relative Dinge, deren Anwendungsbereiche in den verschiedenen Phasen der sozialen Entwicklung variieren“ (F. Engels, „Von der Autorität“, 1873). Mit anderen Worten, wir verdammen Autorität nicht blindlings als ein abstraktes Konzept getrennt von einer bestimmten sozialen und ökonomischen Realität. Der größte Teil der Welt ist heute der Autorität einer besitzenden Klasse, der Bourgeoisie, unterworfen, und diese übt die Autorität über die arbeitenden Massen mit Hilfe eines Staates aus, des kapitalistischen Staates. Wir lehnen diese Autorität ab und kämpfen dafür, sie und den Staat, der ihrer Aufrechterhaltung dient, zu zerstören. Aber wir begrüßen die Autorität von Massenorganisationen von Arbeitern und anderer unterdrückter Teile der Gesellschaft, wie zum Beispiel Arbeiterräte (Sowjets), die die Bemühungen des Proletariats koordinieren und zentralisieren, eine Gesellschaft auf der Grundlage von Arbeiterdemokratie zu schaffen und die Zerstörung der Errungenschaften einer sozialen Revolution – eines Arbeiterstaates – zu verhindern. Durch Beseitigung der irrationalen kapitalistischen Produktionsweise würde die wirtschaftliche Planung unter einem Arbeiterstaat die freie Entwicklung der Produktivkräfte zulassen und die materielle Grundlage sozialer Ungleichheit beseitigen. Dies müsste eine gemeinsame Unternehmung des Weltproletariats sein und ist die einzige Möglichkeit, den Staat abzuschaffen und eine Gesellschaft auf der Grundlage zu erschaffen: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“.

Die *abstrakte* Verdammung von „Autorität“ durch die Anarchisten wirkt sich konkret auf der organisatorischen Ebene aus. Anarchistische Organisationen sind dezentralisierte Gebilde, die den Anspruch erheben, über ihre Mitglieder keinerlei Autorität auszuüben. Dies ist an sich schon eine komplette Täuschung, wie die Ereignisse des Bürgerkrieges voll und ganz beweisen. Marxisten dagegen erklären, dass man eine zentralisierte, demokratische Organisation der Arbeiterklasse braucht, die die bewussten Elemente des Proletariats zusammenfasst, an der Hebung des Bewusstseins der Arbeiterklasse insgesamt arbeitet und Führung ausübt, einschließlich der Führung bei den entscheidenden Kämpfen um die Arbeitermacht; eine Avant-



Hoover Institution

Linke Miliz im Spanischen Bürgerkrieg. Stalinistisch geführte Volksfront unterdrückte anarchistische CNT-Militante und zentristische POUM im Namen der kapitalistischen „Demokratie“

gardepartei, die sich in ihrem internen Leben das höchste Niveau an Demokratie zu Eigen macht und in Kämpfe als eine einheitliche, bewusste politische Kraft eingreift.

Die Spanische Revolution

Am 17. Juli 1936 übernahm General Francisco Franco den Oberbefehl über die Mauren und Legionäre Marokkos unter der Fahne der spanischen Monarchie und der katholischen Kirche. Mit Unterstützung der reaktionärsten Kräfte in Spanien startete Franco einen Militärputsch zum Sturz der republikanischen Regierung unter dem Präsidenten Manuel Azaña, die eine liberale bürgerliche Regierung war, um sie durch eine Militärdiktatur zu ersetzen. Sein Ziel war, die Interessen der besitzenden Klassen gegen die Arbeiter und Bauern auf blutige Weise durchzusetzen und mit jahrzehntelangem höchst militantem Arbeiterkampf in Spanien Schluss zu machen. Azaña verheimlichte das Vorrücken von Francos Armee vor der Arbeiterklasse und machte verzweifelte und erfolglose Versuche, mit den Militärführern Kontakt aufzunehmen und mit ihnen eine Übereinkunft zu

Fortgesetzt auf Seite 16



Sergi i Octavi Centelles

Bus mit der Aufschrift CNT, Zeichen für die Kollektivierung von Barcelonas Transportsystem (links). Bauern mit Gewehren arbeiten auf kollektiviertem Land



Interlink Books

Spanischer Bürgerkrieg...

Fortsetzung von Seite 15

treffen. Das spanische Proletariat, das gerade zwei Jahre harter staatlicher Repression unter einer rechtsgerichteten Regierung hinter sich hatte, misstraute der Azaña-Regierung und nahm die Sache in die eigenen Hände. Es organisierte unabhängig seine Bewaffnung und die Errichtung von Barrikaden, um die bürgerlich-monarchistische Reaktion zurückzuschlagen.

Einige der monumentalsten Schlachten zwischen den Streitkräften Francos und dem bewaffneten Proletariat begannen fast gleichzeitig in größeren Städten wie Madrid, Valencia und Barcelona. Ich möchte einige Auszüge aus Abel Paz' Buch *Durruti – Leben und Tode des spanischen Anarchisten* (1993) in dem Kapitel „Barcelona in Flammen“ vorlesen:

„Die Uhren Barcelonas zeigten 4.45 Uhr – die frühe Stunde eines Tages, der der längste im Leben von vielen tausend Menschen werden sollte. Wie die CNT und ihre Verteidigungskomitees der Stadtviertel vereinbart hatten, begannen die Sirenen aller Fabriken zu heulen – die Stunde des Kampfes hatte in diesem Moment geschlagen...“

Um fünf Uhr morgens setzten die Putschisten ihre Militärmaschinerie in Gang...

Das 7. Regiment der leichten Artillerie aus Sant Andreu, das sich in zwei Kolonnen aufgeteilt hatte, nahm Marschrichtung auf die Plaza de Cataluña – eine Kolonne umging die Stadt, die andere marschierte quer durch sie hindurch...

Als die Kolonne des 7. Leichten Artillerieregiments, die außen um die Stadt gehen sollte, aus der Calle de Balmes auf die Avenida Diagonal trat, wurde sie durch Handgranaten und Pistolenfeuer sowie Salven aus den Karabinern der Guardia de Asalto zum Stillstand gebracht...

Die Soldaten des Montesa-Regiments und die Pioniere, mit denen sie auf der Plaza de España zusammengetroffen waren, nahmen den Paralelo. In der Brecha de San Pablo stießen sie auf eine Barrikade, die Arbeiter der Holzgewerkschaft der CNT errichtet hatten. Die Putschisten wurden zurückgeschlagen...

Um 9.30 Uhr sahen die Truppen des Regiments der Ge-

birgsartillerie, die im Sektor der Plaza de Palacio kämpften, daß jedes weitere Vorrücken unnützlich war. Um der völligen Aufreibung zu entgehen, gab der Kommandant seinen Truppen den Befehl zum Rückzug in die Kaserne bei den Werften...

An jenem Sonntag gegen 12 Uhr konnte man den Putschversuch als gescheitert betrachten. Die letzten Bastionen der Putschisten waren klar auszumachen...

An jenem Sonntag gegen Mittag griff das revolutionäre Feuer über. In dem Maße, wie die Nachricht von den Niederlagen der Militärs sich herumsprach, wuchs die Menschenmenge auf den Straßen, bis sich ihr schließlich auch die Furchtsamsten anschlossen...

Nun verfügte die CNT über Hunderte von im Kampf gewonnenen Gewehren, über Kanonen und Maschinengewehre, die man den Händen der Putschisten entrissen hatte...

Diese Periode im Spanischen Bürgerkrieg ist bekannt als die „Juli-Ereignisse“. Heroische Aktionen gingen von den Barrikaden der Arbeiter aus und wurden zu Klassenkampfgeschichte. Innerhalb weniger Tage befand sich ganz Katalonien in der Hand des Proletariats. In Madrid wurden Francos Streitkräfte durch Arbeiter geschlagen, die nur spärlich bewaffnet waren – in Valencia mit Pflastersteinen und Küchenmessern –, dem Waffenembargo der Regierung zum Trotz. Die meisten dieser Arbeiter waren Mitglieder der CNT oder der POUM.

Asturische Bergarbeiter rüsteten eine Kolonne von 5000 Leuten für einen Marsch auf Madrid mit Dynamit aus, die einen Tag später eintraf, um die Straßen zu sichern. Bewaffnete Arbeiterkomitees ersetzten die Zollbeamten an den Grenzen, und ein gemeinsames Komitee der Allgemeinen Arbeiterunion (UGT – der PSOE angeschlossen) und der CNT übernahmen die Verantwortung für den gesamten Verkehr in Spanien. Ein Gewerkschaftsbuch oder eine Mitgliedskarte einer linken Partei war die einzige Voraussetzung, um das Land zu betreten. Die Polizei, die Zivil- und die Sturmgarde, die in den Kämpfen gegen die Arbeiter Partei ergriffen hatten, wurden durch Arbeitermilizen ersetzt, die in den Städten patrouillierten. Aber wie waren die Arbeiter so weit gekommen? Lasst mich einige Jahre zurückgehen, um einiges zu verdeutlichen.

Der Anarchismus war im 20. Jahrhundert im spanischen Proletariat die vorherrschende Ideologie, zum großen Teil wegen der langsamen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes während der vorangegangenen drei Jahrhunderte. In den nördlichen und östlichen Regionen Spaniens, wie Katalonien und Aragon, organisierte die bedeutendste anarchistische Gewerkschaftsorganisation, die CNT, die politisch fortgeschrittensten Arbeiter. Die Führer der CNT vertraten eine Richtung innerhalb des Anarchismus, die Syndikalismus genannt wurde. Die Syndikalisten betrachteten zu Recht das Industrieproletariat als den Hauptträger für einen Sturz des Kapitalismus. Sie glaubten jedoch, dass Gewerkschaften das einzige dazu notwendige Mittel seien, eine sozialistische Revolution zustande zu bringen, und lehnten, wie alle Anarchisten, die Vorstellung von einer Avantgardepartei der Arbeiterklasse ab.

Wegen ihrer engen Beziehung zur Arbeiterklasse hatten Syndikalisten manchmal sehr gute politische Impulse. Während des Ersten Weltkriegs, als Spaniens Neutralität zum Anwachsen der Produktion führte, war eine unerschütterliche Kriegsgegnerschaft seitens der spanischen Linken unter den Anarchosyndikalisten der CNT zu finden, die in einigen Fällen laut Gerald H. Meakers Buch *The Revolutionary Left in Spain, 1914-1923* [Die revolutionäre Linke in Spanien, 1914–1923] „über bloßen Pazifismus hinausgingen und instinktiv die Beendigung des Krieges durch eine Revolution

Bestellt!

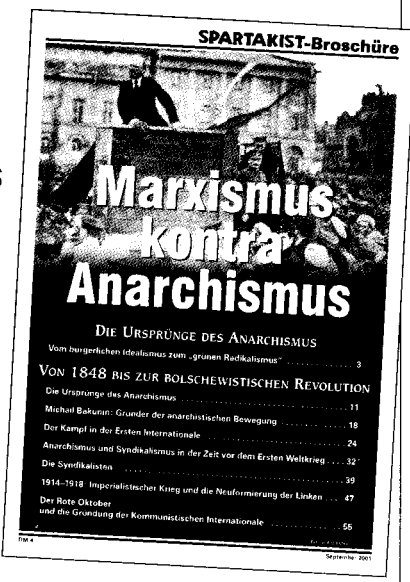
Marxismus kontra Anarchismus

Deutsche Ausgabe
€ 2,-

Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



des Volkes befürworteten.“ Der revolutionäre Marxist W. I. Lenin und die Bolschewistische Partei in Russland waren vom ersten Tag an gegen den Krieg aufgetreten und kämpften für die Niederlage ihrer eigenen Bourgeoisie durch die Machtergreifung der Arbeiterklasse.

Unterstützt von wichtigen Teilen des russischen Proletariats und der Unterdrückten hatte Lenin eine Arbeiterrevolution in Russland zur Beendigung des Krieges, zur Kollektivierung der Industrie, zur Verstaatlichung des Landes und zur Enteignung der Bourgeoisie und der Banken gefordert. Im Oktober 1917 (nach dem alten russischen Kalender) leiteten die Bolschewiki, die an der Spitze der Sowjets, den Organen der proletarischen Macht, standen, einen proletarischen Aufstand, der den ersten Arbeiterstaat in der Geschichte begründete. Die Arbeiterdemokratie fand

ihren konkreten Ausdruck in Sowjetkongressen und Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten, die damit begonnen hatten, die Wirtschaft des größten Landes der Welt zu lenken.

I. P. Goldenberg, ein Mitglied der Menschewiki (einer reformistischen Partei in Russland) hatte Lenin, weil der für eine Arbeiterrevolution kämpfte, als „Kandidat für einen europäischen Thron, der seit vierzig Jahren verwaist war – den Thron Bakunins!“ diffamiert. Indes haben in Wahrheit Anarchosyndikalisten in Russland und anderen Ländern einschließlich Spaniens, wie Joaquin Maurin und Andrés Nin (spätere Führer der POUM), durch die Erfahrung der russischen Arbeiter die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats begriffen. Gerald Meaker erzählt von einem anarchistischen Militanten, der in der anarchistischen Zeitung *Tierra y Libertad* (Land und Freiheit) schrieb:

„Die russische Revolution war nach diesem Militanten noch keine anarchistische Gesellschaft, aber sie stellte die ‚direkten Mittel‘ zur Verfügung, mit deren Hilfe man sie erreichen konnte. Alle Anarchisten auf der Welt hätten sich zu verhalten wie die russischen ‚Maximalisten‘: Sie müssten ‚das gegenwärtige auf Privileg und Ungerechtigkeit basierende Gefüge *auf autoritäre Weise zerstören*, um mit der Errichtung der großartigen Stadt des Glücks zu beginnen, der Anarchie.“ (unsere Hervorhebung)

Die Besten dieser Generation von Anarchisten und Syndikalisten – wie Victor Serge, der marxistische Historiker und Trotzki-Biograph; Alfred Rosmer, ein führender Anarchosyndikalist in Frankreich, der später zu Trotzki's engem Mitarbeiter wurde; und James P. Cannon, ein Anarchosyndikalist der amerikanischen Industrial Workers of the World, der später der Gründer des Trotzkiismus in den Vereinigten Staaten wurde – wurden durch das lebendige Beispiel von Lenins und Trotzki's bolschewistischer Revolution für den revolutionären Marxismus gewonnen. Anarchismus kann zu keiner erfolgreichen sozialistischen Revolution führen, wie die Ereignisse in Spanien zeigen.

Der Verrat der Volksfront

Der Sieg der Nazis 1933 in Deutschland steigerte die Unruhe der Massen in ganz Spanien, so gab es im Oktober 1934 einen Generalstreik, der von CNT und UGT angeführt wurde. Im selben Monat erhoben sich Bergarbeiter und andere Teile des Proletariats in der nördlichen Region Asturien mit der Waffe in der Hand gegen die jüngst gebildete Regierung von Alejandro Lerro. Die Anarchisten hatten sich nicht



Historia 16

Während des Bürgerkriegs traten die anarchistischen Führer Juan García Oliver (links außen) und Federica Montseny der Volksfrontregierung als Minister bei

an den von Lerro gewonnenen Wahlen beteiligt; aber nicht aus prinzipiellen Erwägungen (wie wir später sehen werden). Der Hauptgrund war ihre „Ablehnung der Politik“, eine absurde Zurückweisung der Beteiligung an Wahlen oder am Parlament. Aber wenn man es ernst meint mit dem Kampf für die sozialistische Revolution, würde man dann irgendeine Gelegenheit auslassen, einer bedeutenden Anzahl von Menschen bekannt zu machen, wofür man eintritt? Man stelle sich die Wirkung vor, die eine von einem Trotzki im Kongress gehaltene Rede, in der die koloniale Besetzung des Irak verurteilt wird, sowohl auf die amerikanische Arbeiterklasse als auch auf die Soldaten im Irak haben würde. Für Marxisten ist die Frage, ob man sich an Wahlen beteiligen soll, eine taktische Frage, die von konkreten Umständen abhängt. Gleichzeitig lehnen es Marxisten aus Prinzip ab, irgendeinen exekutiven Ministerposten in irgendeiner kapitalistischen Regierung zu übernehmen, denn das kann nichts anderes bedeuten als die unmittelbare Verwaltung des kapitalistischen Staates.

Lerro regierte in einer Koalition mit der CEDA (Spanische Föderation der autonomen Rechten) von José Maria Gil Robles, und angesichts des Sieges des Hitlerfaschismus in Deutschland befürchtete man, dass Lerro's Regime den Aufstieg der reaktionären, rechtsgerichteten Kräfte in Spanien repräsentierte. Die blutige Niederschlagung des asturischen Aufstandes durch Streitkräfte unter Francos Führung (5000 Tote und 30000 Verhaftete) war der Auftakt zu zwei Jahren verschärfter Repression gegen die Arbeiterbewegung.

Im Januar 1936 (sechs Monate vor Francos Putschversuch) präsentierte die Volksfrontkoalition unter der Führung der Republikanischen Linken, der Partei der liberalen Bourgeoisie, ein Programm für die Februarwahlen, das im Wesentlichen eine nominelle Wiederherstellung regionaler Autonomie für die katalanische Region vorsah und das Angebot machte, politische Gefangene aus den letzten zwei Jahren freizulassen. Das Programm forderte auch die Garantie der privaten Eigentumsrechte auf dem Lande und in den Städten, lehnte jegliche Verstaatlichung des Landes ab und trat für die Beibehaltung kapitalistischer Kontrolle über Industrie und Banken ein.

Die Republikaner führten einen Wahlblock an mit Manuel Azaña an der Spitze. Die Koalition bestand aus der UGT, der PSOE, der PCE und der POUM. Und sie wurde von den Anarchisten unterstützt. Dies war eine Volksfront-

Fortgesetzt auf Seite 18

Spanischer Bürgerkrieg...

Fortsetzung von Seite 17

koalition, in der die Interessen des Proletariats denen der Kapitalistenklasse untergeordnet waren.

Was war die POUM? Die POUM war das, was wir eine zentristische Partei nennen, d. h. eine Partei, die revolutionär in Worten, aber reformistisch in Taten ist. Sie war hervorgegangen aus einer Fusion der trotzkistischen spanischen Kommunistischen Linken von Andrés Nin mit dem BOC (Arbeiter- und Bauernblock) von Joaquin Maurin, einer eher rechtszentristischen Partei, die sich an den katalanischen Nationalismus anpasste. Trotzki verurteilte die Unterzeichnung des Wahlpaktes durch die POUM unerbittlich als „Verrat am Proletariat im Interesse des Bündnisses mit der Bourgeoisie“ und brach die politischen Beziehungen zur POUM ab.

Azaña übernahm das Präsidentenamt im Mai 1936 inmitten einer großen Streikwelle. Vom 10. Juni bis zu den ersten Julitagen wuchs die Zahl der Arbeiter, die gegen die sich verschärfende Wirtschaftskrise streikten, von einer halben Million auf über eine Million an. Die bürgerliche Demokratie begann zu zerbröckeln.

Etwa gleichzeitig mit Francos Putschversuch und dem Arbeiteraufstand während der „Juli-Ereignisse“ von 1936 waren große Teile der Bourgeoisie in Katalonien (der Region, in der sich 70 Prozent der Industrie Spaniens befand) aus dem Lande geflohen, unter Zurücklassung ihrer Fabriken, ihrer Ländereien und ihres Besitzes. Sofort nach der Niederschlagung der Reaktion begannen CNT-Arbeiter die aufgegebenen Fabriken zu besetzen und Arbeiterkomitees ins Leben zu rufen, die die Produktion auf lokaler Ebene organisierten. Ein ähnliches Phänomen war auf dem Lande zu beobachten. Diese Arbeiterkomitees und die Arbeitermilizen, die zum Kampf gegen Francos Armee geschaffen worden waren, führten zu einer, wie wir es nennen, Situation der *Doppelherrschaft*, d. h. eines vorübergehenden Zustands, bei dem das Proletariat und die Bourgeoisie unmittelbar um die Macht ringen. Es ist notwendig, sich mit diesen Arbeiterkooperativen und -milizen näher zu befassen, denn sie stellen die *Verkörperung* des anarchistischen wirtschaftlichen und militärischen Programms dar.

Am 20. Juli, als Arbeiter den Sieg über Franco feierten,

traf sich Luis Companys, der Präsident der bürgerlichen Generalidad-Regierung in Katalonien, mit der Führung der CNT-FAI – wobei García Oliver der wichtigste anarchistische Wortführer war. Companys war ein gerissener bürgerlicher Politiker, der einmal für die CNT als Anwalt gearbeitet hatte. Folgenden Vorschlag machte er García Oliver und den übrigen Anwesenden:

„Ihr habt gesiegt, und alles liegt in eurer Macht; wenn ihr mich nicht braucht oder wenn ihr mich nicht als Präsidenten von Katalonien wollt, dann sagt es mir jetzt sofort, und ich werde nichts weiter sein als ein einfacher Soldat im Kampf gegen den Faschismus. Wenn ihr aber glaubt, daß ich euch auf diesem Posten, den ich im Falle eines faschistischen Sieges nur als toter Mann verlassen hätte, mit den Männern meiner Partei, meinem Namen und meinem Ruf in diesem Kampf von Nutzen sein kann – ein Kampf, der zwar heute in unserer Stadt zu Ende ist, von dem wir aber nicht wissen, wann und wie er im übrigen Spanien enden wird –, dann könnt ihr auf mich zählen, auf meine Loyalität als Mensch und als Politiker. Ich bin überzeugt, daß heute die ganze schändliche Vergangenheit stirbt, und ich wünsche aufrichtig, daß Katalonien seinen Platz an der Spitze der sozial fortschrittlichsten Länder einnehmen möge.“ (zitiert in Abel Paz, ebenda)

Und den Anarchisten gefiel das. García Oliver berichtet über die Ergebnisse der Diskussionen in der CNT und der FAI Folgendes: „Am 21. Juli 1936 fand ein regionales Plenum der lokalen Föderationen ... in Barcelona statt. Die Lage wurde analysiert, und es wurde beschlossen, nicht vom Libertären Kommunismus zu reden, solange ein Teil Spaniens noch in der Hand der Faschisten ist. Gegen die Stimmen der Delegation des Bezirks ‚Bajo Lobregat‘ *entschied sich das Plenum für Zusammenarbeit* ... Jede extreme Position, geboren aus Abenteuerlust und Starrheit, hätte zu einer Katastrophe führen können, denn die Revolution wäre erschöpft gewesen...“ (unsere Hervorhebung). Damit wurden die anarchistischen Arbeiter durch ihre Führung dem Willen der Generalidad-Regierung unterworfen. Neun Monate später griff Companys nach dem Telefon, um einen Luftangriff auf das Hauptquartier der CNT-FAI anzufordern.

Der Kern dieser erbärmlichen Episode und des anarchistischen Verrats wird aufs Trefflichste von Felix Morrow in dem folgenden Zitat aus seinem Buch *Revolution und Konterrevolution in Spanien* (1938) beschrieben:

„Die Klassenkollaboration liegt in der Tat im Herzen der anarchistischen Philosophie verborgen. In den Zeiten der Reaktion ist sie durch den anarchistischen Haß auf die kapitalistische Bedrückung verborgen. Aber in einer revolutionären Periode der Doppelherrschaft muß sie an die Oberfläche kommen. Denn dann bietet der Kapitalist lächelnd an, beim Aufbau der neuen Welt teilzunehmen. Und die Anarchisten, die gegen ‚alle Diktaturen‘, einschließlich der Diktatur des Proletariats, sind, werden vom Kapitalisten bloß verlangen, er solle seine kapitalistische Einstellung ablegen, dem er natürlich zustimmt, um so besser die Zerschlagung der Arbeiterklasse vorzubereiten.“

Selbst einer der radikalsten Anarchisten, Buenaventura Durruti, ein angesehener Militärführer, brachte seinen Wunsch zum Ausdruck, „die Abmachungen bloß vorläufig zu akzeptieren, d. h. bis zur Befreiung Saragossas“. Am Ende des Plenums schlugen die Anarchisten vor, Companys solle ein Zentralkomitee der Milizen ins Leben rufen, dem Vertreter der CNT- und UGT-Gewerkschaften, der PSOE und der POUM angehören sollten. Jedoch gehörten ihm auch Vertreter bürgerlicher Parteien an, wie der katalanischen Esquerra (Companys' Partei) und der

Spartakist-Jugendtreff

Hamburg

Monatlich, Donnerstags, 18:30 Uhr

4. November, 2. Dezember,

6. Januar 2005

Universität Hamburg, vor dem Pferdestall, Allendeplatz 1

Kontakt: 0 40 / 32 36 44

Berlin

Alle vierzehn Tage, Dienstags, 19 Uhr

26. Oktober, 9. November, 23. November,

7. Dezember

HU-Berlin, Seminargebäude am Hegelplatz
Dorotheenstraße 24, Raum 208

Diskussionsthemen bitte telefonisch oder per E-mail erfragen:
Kontakt: 0 30 / 4 43 94 00 spartakist@online.de

Republikanischen Union.

Das Komitee wurde dann zu einem Werkzeug der Klassenzusammenarbeit und der endgültigen Kontrolle der katalanischen Regierung über die Milizen. Eine marxistische revolutionäre Partei hätte für *den Ausschluss der bürgerlichen Vertreter aus dem Zentralkomitee der antifaschistischen Milizen und für die Zentralisierung der Milizen unter dem Kommando von Arbeiter- und Soldatenkomitees* gekämpft. Durruti und sein anarchistisches Kollektiv „Nosotros“ innerhalb der CNT-FAI waren sich der Gefahren der Klassenzusammenarbeit im Antifaschistischen Komitee bewusst. Doch beschlossen sie, dessen Anweisungen zu befolgen, und schon am 24. Juli wurde eine Abteilung der Miliz mit Durruti an der Spitze in die Stadt Saragossa entsandt, um gegen die von Franco geführten rechten Kräfte zu kämpfen. Auf diese Weise wurden Companys und die CNT-Bürokratie die anarchistischen Elemente los, die ihrem Bündnis in Katalonien hätten Probleme bereiten können.

Aber was war mit den Arbeiterkollektiven? In Barcelona wurden in Tausenden von Unternehmen Arbeiterkollektive ins Leben gerufen, von Schlüsselindustrien wie in der Schifffahrt, im Bergbau, in der Elektrizitätsversorgung, im Transport, in der Gas- und in der Wasserversorgung bis hin zu solchen wie Parfümerien, Brauereien und kleinen Werkstätten. Diese Arbeiterkollektive erzielten außerordentliche ökonomische Errungenschaften, besonders in der Industrie, die die Milizen mit Munition versorgte. Aber wie funktionierten diese Kooperativen? Gaston Leval, ein prominenter CNT-Militanter und französischer Anarchist, bemerkt in *Collectives in the Spanish Revolution* (1975):

„Zu oft übernahmen in Barcelona und Valencia Arbeiter in jedem Unternehmen die Betriebe oder die Werkstätten, die Maschinen, die Rohstoffe und organisierten, indem sie die Weiterexistenz des Geldsystems und normaler kapitalistischer Handelsbeziehungen ausnutzten, die Produktion auf eigene Rechnung und verkauften das Produkt ihrer Arbeit für eigene Zwecke...

Es gab dort deswegen keine echte Vergesellschaftung, sondern einen Neokapitalismus der Arbeiter, eine Selbstverwaltung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, von der wir behaupten, sie wäre nicht zustande gekommen, wenn die Revolution fähig gewesen wäre, sich unter der Führung unserer Syndikate voll zu entfalten.“

Mit anderen Worten, diese autonomen Komitees funktionierten unter der Voraussetzung der Konkurrenz um Absatzmärkte und Zulieferer. Diejenigen Fabriken, die eine fortgeschrittene Technologie und reichlich Rohstoffe geerbt hatten, hatten bessere Chancen, sich auf dem Markt zu behaupten, als andere, die diese Vorteile nicht hatten. Solche wirtschaftlichen Verhältnisse tendierten letztendlich dahin, *die Bedingungen einer primitiven Form des Marktkapitalismus wiederherzustellen.*

Diese Kollektive waren auch zentralisierte Organe auf lokaler Ebene. An jedem Arbeitsplatz wählte eine Arbeiterversammlung ein Komitee, das einen Leiter zur Aufsicht über den täglichen Arbeitsablauf am Arbeitsplatz wählte. In jedem Industriezweig gab es einen Industrierat, in dem die beiden Hauptgewerkschaften CNT und UGT sowie die lokalen Komitees vertreten waren. In den Letzteren waren die CNT und die UGT ebenfalls vorrangig vertreten. Doch auch bürgerliche Repräsentanten von Parteien wie der Esquerra und der Republikanischen Linken saßen in diesen Räten. Es ist wichtig, zu verstehen, dass es keine geplante, vergesellschaftete Wirtschaft gab, die von Massenorganisationen der Arbeiter (d. h. Sowjets) gelenkt wurde, in denen linke politische Parteien voll vertreten sein können, und dass daher das, was die CNT und die UGT taten, im besten Fall darauf hinauslief, die Arbeiterkollektive zugunsten der bürger-

lichen Volksfront zu verwalten. Inzwischen bereitete sich die Regierung darauf vor, die Fabriken bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit den Anarchisten und Sozialdemokraten zu entreißen.

Darüber hinaus waren einige dieser Komitees stark abhängig von Bankkrediten und Regierungszuschüssen. Trotzdem hatten die Anarchisten nicht vor, die Kontrolle über die Banken zu übernehmen, und *sie taten es auch nicht.* Damit verurteilten sie diejenigen Kollektive, die auf Bankkredite angewiesen waren, zum endgültigen Untergang. Anfang 1937 griffen die Regierung und die Banken zur Wirtschaftssabotage und erdrosselten praktisch damit diese Kollektive. So wurde der Nachschub von Rohstoffen unterbunden, was letztendlich die Produktion in diesen Fabriken zum Erliegen brachte.

Wie ich schon sagte, sahen die CNT und die FAI das Phänomen der Arbeiterselbstverwaltung in den Fabriken nicht als einen vorübergehenden Zustand an, sondern als die Verwirklichung des anarchistischen Wirtschaftsideals autonomer Produktionseinheiten. Dagegen *hätten wirkliche Revolutionäre die Arbeiterselbstverwaltung als Kern der Doppelherrschaft energisch verteidigt. Aber sie hätten ebenso dazu aufgerufen, die bürgerlichen Repräsentanten aus der Leitung der Kollektive zu entfernen, und erklärt, dass echte Vergesellschaftung nur mit einer zentralisierten, geplanten Wirtschaft möglich sei.* Eine kleine Gruppe von Trotzlisten, die sich Bolschewistisch-Leninistische Sektion Spaniens nannte und sich Trotzki's Bewegung für die Vierte Internationale angeschlossen hatte, brachte inmitten des Wirtschaftsboykotts gegen die Komitees im Januar 1937 ein Flugblatt heraus mit der Überschrift „Hoch die Komitees der Arbeiter, Bauern und Kämpfer!“ In dem Flugblatt hieß es:

„Die Antwort auf die bürgerliche Offensive gegen die Komitees muss darin bestehen, diese Komitees zu stärken und dort, wo sie nicht bestehen, zu gründen, ihren Einfluss auszuweiten und sie zu koordinieren durch Versammlungen oder Kongresse, die unabhängig von der bürgerlichen politischen Macht diejenigen Probleme untersuchen und lösen ... die durch die Erfordernisse des Krieges und der Revolution aufgeworfen werden.

Es ist von äußerster Wichtigkeit, dass die Komitees die Probleme der Verstaatlichung und Zentralisierung der Privatbanken und die Probleme des einheitlichen Oberkommandos und der militärischen Disziplin lösen...

Die Komitees ... werden die Führung des Landes übernehmen, indem sie die Organe des kapitalistischen Staates auflösen ... und stattdessen den proletarischen Staat auf der Grundlage der Komitees und des vergesellschafteten Eigentums errichten, die Diktatur des Proletariats gegen die Bourgeoisie.“ (Augustín Guillamón, *Documentación histórica del trotskismo español (1936-1948)*, Ediciones de La Torre, 1996)

Die Bolschewiki-Leninisten propagierten die Perspektive, die Arbeiterkomitees in Massenorgane der Arbeitermacht auf nationaler Ebene umzuwandeln als embryonale Organe einer Arbeiterregierung – d. h. Sowjets –, in denen die politische Auseinandersetzung allen linken Tendenzen offen steht. Der Zustand der Doppelherrschaft konnte nicht ewig andauern; die Entscheidung musste fallen zugunsten der Arbeiter oder gegen sie. Die Bolschewiki-Leninisten hatten das Programm, diese Entscheidung zugunsten des Proletariats herbeizuführen. Doch im Januar 1937 hatten sie sich gerade gegründet und hatten im Mai erst 30 Mitglieder, ohne als politische Tendenz über genügend Autorität in der Arbeiterklasse zu verfügen, obgleich die meisten ihrer Mitglieder in den Milizen der POUM gekämpft hatten.

[WIRD FORTGESETZT]

Venezuela...

Fortsetzung von Seite 28

wiederholte Anstrengungen der Bush-Regierung und ihrer örtlichen Agenten, ihn zu stürzen, zurückschlagen, weil die Unterstützung für ihn von der venezolanischen Bevölkerung und bei Teilen der Streitkräfte weiterhin stark war. Im Gegensatz zur herrschenden Klasse in Venezuela, die überwiegend weiß, rassistisch und der armen nichtweißen Bevölkerung feindlich gesonnen ist, verweist Chávez voller Stolz auf seine indianischen und afrikanischen Vorfahren. Und angesichts der langen Geschichte imperialistischer Vorstöße der USA nach Lateinamerika zur Unterstützung mörderischer rechter Regime, in der Regel Militärjuntas, kommt Chávez' antiimperialistische Pose bei vielen Menschen gut an.

Dazu kommt, dass Chávez seine nationalistisch-populistische Rhetorik bis zu einem gewissen Grad in tatsächliche



Kundgebung der von Washington unterstützten Opposition am 12. August ruft zum „Ja“ beim Referendum auf, mit dem Chávez gestürzt werden sollte

Reformen zugunsten der Armen umgesetzt hat – in einem Land, in dem etwa 80 Prozent der Bevölkerung in erbärmlicher Armut leben. Das hängt allerdings zu einem großen Teil damit zusammen, dass sich die venezolanische Wirtschaft in den vergangenen paar Jahren historisch einmalig hoher Ölpreise auf dem Weltmarkt erfreute. Der unerwartete Gewinn aus den Öleinnahmen ermöglichte es der Regierung beispielsweise, den Bildungsetat (amtlichen Angaben zufolge) zu verdreifachen und die Zahl der Schulbesucher bis 2002 um 25 Prozent zu steigern. Kostenlose Ambulanzen wurden eingerichtet, die von mehr als 17000 kubanischen Ärzten und Zahnmedizinern betreut werden – im Tausch gegen die Ausfuhr von preiswertem venezolanischem Erdöl nach Kuba. Angesichts der jüngsten Bemühungen, ihn über das Referendum abzusetzen, startete Chávez zusätzliche soziale Reformen: Unter anderem wurden Nahrungsmittel kostenlos an die Armen abgegeben sowie brachliegende Agrarflächen verstaatlicht und verteilt. Lobenswerterweise wurden außerdem rund 1,2 Millionen bitterarme Immigranten eingebürgert, viele von ihnen

Flüchtlinge aus Kolumbien, womit der Präsident seine politische Basis vor dem Referendum verbreiterte.

Diese an sich recht fortschrittlichen Maßnahmen beruhen jedoch *nicht* auf irgendeiner Art von sozialer Revolution oder auch nur grundlegenden Strukturreformen. Sie sind völlig abhängig vom Auf und Ab der Ölpreise auf dem Weltmarkt. Wie die Forschungsabteilung der in der Wall Street ansässigen Investitionsbank von J.P. Morgan kommentierte: „Die festen Ölpreise gestatten es der Regierung [von Chávez], eine expansive Steuerpolitik beizubehalten, die andernfalls nicht aufrechtzuerhalten wäre“ (*Financial Times* [London], 13. August).

Gleichzeitig hat das Chávez-Regime dafür gesorgt, dass der reaktionäre Einfluss der katholischen Kirche auf soziale Fragen wie Schwulenrechte und Abtreibung andauert. Die 1999 vorgestellte Chávez-Verfassung enthielt ursprünglich Passagen gegen die Diskriminierung von Homosexuellen. Doch unter dem Druck der Kirche wurden die entsprechenden Abschnitte wieder entfernt. Abtreibung bleibt derweil in Venezuela verboten.

Sprachrohre des Imperialismus wie die Londoner *Financial Times* oder die *New York Times* begrüßten die Niederlage der Opposition bei dem Referendum zur Abberufung von Chávez. Vor der Volksabstimmung unterzeichneten Ölriesen wie ExxonMobil und ChevronTexaco Vereinbarungen über Milliardeninvestitionen in Venezuela. Ein breites Spektrum vorgeblicher Sozialisten in aller Welt wiederum jubelte begeistert über Chávez' Sieg. Womit lässt sich diese scheinbare Widersprüchlichkeit bei den Unterstützern erklären? Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben viele Linke die Ideologie vom „Tod des Kommunismus“ geschluckt und aus ihr den Schluss gezogen, dass die einzige Hoffnung darin bestehe, für Reformen zu kämpfen. So kamen sie dazu, Kräfte schönzureden, die lediglich darauf aus sind, die kapitalistische Herrschaft am Leben zu erhalten und die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung zu steigern. In Venezuela tragen diese Linken dazu bei, Chávez' Führung des kapitalistischen Staates als eine „Revolution“ der arbeitenden und armen Menschen zu verschleiern.

Die Workers World Party organisierte Proteste zugunsten von Chávez vor venezolanischen Konsulaten in den USA, wo Venezolaner sich per Briefwahl an dem Referendum beteiligten. Die Zeitung *Workers World* (19. August) dröhnte auf ihrer Titelseite: „Venezolaner machen für die Verteidigung der Revolution mobil“. Aber Hugo Chávez und seine „bolivarianische Revolution“ (benannt nach dem bürgerlichen Nationalisten Simón Bolívar aus dem 19. Jahrhundert) regieren Venezuela im Interesse des einheimischen Kapitalismus und der Investoren aus dem imperialistischen Ausland. An sich ist Hugo Chávez ein Klassenfeind der Arbeiter und der Unterdrückten.

Auch wenn die Internationale Kommunistische Liga zurzeit keine Sektion in Venezuela hat, wollen wir eine Position herausarbeiten, welche die theoretischen Hindernisse auf dem Weg gegenwärtiger und künftiger Kämpfe wegräumt. Wir erklären, dass die Arbeiterklasse bei dem Abberufungsreferendum in Venezuela keine Chance hatte, ihre eigenen Interessen zum Ausdruck zu bringen: Eine „Ja“-Stimme wäre ein faktischer Block mit der CIA und deren Handlangern vor Ort, eine „Nein“-Stimme hieße politische Unterstützung für das kapitalistische Chávez-Regime. Da bei diesem Volksentscheid keine Möglichkeit bestand, die dringend erforderliche politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse vom bürgerlichen Staat zum Ausdruck zu bringen, hatten Revolutionäre nur die Wahl sich zu enthalten.

Im Falle eines rechten Militärputsches gegen das Chávez-Regime, so wie 2002, hätten wir danach gestrebt, die Arbei-

Milizionär bewacht ehemalige amerikanische Ölraffinerie, die 1960 durch Kubanische Revolution enteignet wurde. Rechts: Eine von 17 000 kubanischen Ärzten und Zahnärzten, die heute die Armen Venezuelas kostenlos medizinisch versorgen



Wide World



Ricardo López Hevia/Granma

terklasse zur militärischen Verteidigung von Chávez zu mobilisieren, bei gleichzeitiger politischer Opposition gegen seine Regierung. Der klassische historische Präzedenzfall für Marxisten ist Spanien 1936, als durch einen rechten Militärputsch unter Führung von General Francisco Franco versucht wurde, die Volksfrontregierung zu stürzen – eine Koalition aus Sozialistischer und Kommunistischer Partei mit einer Hand voll bürgerlicher Liberaler. Durch die heroische spontane Mobilisierung der spanischen Arbeiterklasse wurde der Putschversuch zurückgeschlagen, worauf ein längerer Bürgerkrieg folgte. Wie Trotzki damals ausführte, hätten die Arbeiter, um zu siegen, mit der Volksfrontregierung, einer Form der bürgerlichen Herrschaft, brechen müssen: „Dazu muß sie [die Revolution] nur ernst und kühn das Programm der sozialen Umwälzung aufstellen“ („Die spanische Lehre“, Juli 1936). Zwar ist das Chávez-Regime in Venezuela keine Volksfront-, sondern eine bürgerlich-populistische Regierung, doch ein von den USA unterstützter Militärputsch mit dem Ziel, sie zu stürzen, würde zwangsläufig die Frage der Verteidigung der Arbeiterorganisationen und der plebejischen Massen auf die Tagesordnung stellen.

Die sich unmittelbar aufdrängende Perspektive besteht nicht nur darin, sich den Vorstößen des US-Imperialismus in Venezuela und anderen Ländern zu widersetzen; man muss auch dafür kämpfen, die Unterstützung der Arbeiterbewegung für Chávez oder die Opposition zu erschüttern und eine revolutionäre internationalistische Arbeiterpartei zu schmieden, um die Arbeiterklasse zur Macht zu führen. Das erfordert einen unnachgiebigen Kampf gegen den Nationalismus in Venezuela, der die Klassenlinien vernebelt. Nur der siegreiche Kampf für die Herrschaft der Arbeiterklasse, das heißt eine sozialistische Revolution auf dem gesamten amerikanischen Kontinent, wird den Landlosen Land garantieren und es den Ölarbeitern und anderen Proletariern ermöglichen, in den Genuss des durch ihre Arbeit geschaffenen Reichtums zu kommen.

Chávez: ein bonapartistischer „starker Mann“

Chávez und der US-Imperialismus stehen in symbiotischer Beziehung zueinander. Venezuela liefert 14 Prozent der US-Erdölimporte und ist die Hauptquelle von Öl für die Raffinerien im Golf von Mexiko. Chávez hat die USA während des gesamten Irakkriegs mit Erdöl versorgt (ungeachtet seiner verbalen Gegnerschaft zum Krieg) und zahlt die Auslandsschulden an die imperialistischen Banker

zurück. Venezuela ist vom US-Markt abhängig, da zwei Drittel seiner Ölausfuhren dorthin fließen und diese wiederum 75 Prozent seiner Exporterlöse und die Hälfte der Staatseinnahmen ausmachen. Gewisse herrschende Kreise des US-Imperialismus halten denn auch angesichts der schlecht verlaufenden Irak-Besetzung eine stabile Ölquelle in Venezuela für wichtiger als die Absetzung von Chávez.

Vor dem Hintergrund der noch frisch in Erinnerung gebliebenen Hungerrevolten in Argentinien und einer tiefen Wirtschaftskrise in ganz Lateinamerika kann sich Chávez, dank Venezuelas unverhoffter Öleinnahmen und der Verstrickung des US-Imperialismus im Irak, als „antiimperialistischer“ „starker Mann“ im Hinterhof der USA gebärden. Zusammen mit den jüngsten Volksaufständen in Peru, Bolivien und Ecuador ist Chávez' Sieg beim Abberufungsreferendum ein weiterer Hinweis auf eine politisch-ideologische Klimaveränderung in der Region: weg vom „Neoliberalismus“ und hin zu nationalistischem Populismus. So schrieben wir zur Zeit der argentinischen Wirtschaftskrise, die Massenproteste und Streiks auslöste, in „Hintergründe der globalen kapitalistischen Rezession“ (Teil 2, *Workers Vanguard* Nr. 768, 9. November 2001):

„Eine solche Verschiebung im politischen Klima und im Kräftegleichgewicht ist nicht an sich antikapitalistisch. In gewisser Hinsicht stärkt diese Verschiebung die Kräfte des Kapitalismus in Lateinamerika dadurch, dass sich die Bindungen der Arbeiterklasse an ihre eigene nationale Bourgeoisie wieder festigen. Denn diese hat viel Übung im demagogischen Anprangern von Wall Street und Washington.“

Nationalistischer Populismus und wirtschaftlicher Neoliberalismus sind lediglich Politikvarianten der gleichen kapitalistischen Herrschaft, die häufig von ein und derselben Person betrieben werden je nach den Erfordernissen des Augenblicks. So warf der brasilianische Präsident und ehemalige Arbeiterführer Luiz Ignácio „Lula“ da Silva seine populistischen Phrasen schlagartig über Bord, um sich für ein Bürgerschaftspaket des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Höhe von 30 Milliarden Dollar stark zu machen. Als Teil des Deals zwang er den Massen ein Sparprogramm auf. Gleichzeitig schickte er brasilianische Soldaten für Polizeiaufgaben in das verwüstete Haiti. Linke, die gestern noch auf „Lula“ abfahren, lassen jetzt seine Frackschöße los und

Fortgesetzt auf Seite 22

Venezuela...

Fortsetzung von Seite 21

springen auf den fahrenden Chávez-Zug auf. Damit tragen sie dazu bei, künftige Niederlagen der Arbeiter und Bauern Venezuelas vorzubereiten.

Analog zum Peronismus in Argentinien oder zu der von Lázaro Cárdenas im Mexiko der 30er-Jahre institutionalisierten Herrschaft ist Chávez – ein früherer Oberst, der 1992 einen gescheiterten Militärputsch anführte – nach marxistischem Verständnis ein bonapartistischer Herrscher. Der Begriff bezeichnet ein Regime, das in der Regel von einem „starken Mann“ geführt wird, üblicherweise von einem (früheren) Militärführer (wie das Original Napoleon Bonaparte). Dieser schwingt sich in einer Periode der Krise oder des Patts zwischen den sich unversöhnlich gegenüberstehenden Klassenkräften von Kapital und Arbeit zum „Führer der Nation“ auf, der scheinbar über den widerstreitenden Klasseninteressen steht. In Argentinien und Mexiko war eine solche bonapartistische Herrschaft kombiniert mit Korporatismus, durch den politische, soziale und sogar gewerkschaftliche Organisationen direkt mit dem Staat verknüpft sind.

Tatsächlich umfasst die derzeitige bürgerliche Opposition in Venezuela auch die Demokratische Aktion (AD), die als bürgerlich-populistische Partei begann und jahrzehntelang die bürgerliche Politik in Venezuela dominierte. Konfrontiert mit Arbeiterunruhen, gelang es der AD-Regierung 1945/46, diesen die Spitze zu nehmen, indem sie den Ölfirmen beträchtliche Zugeständnisse zugunsten der Arbeiter abrang. Als Ergebnis davon entstand im Proletariat des Erdölsektors eine Arbeiteraristokratie, und außerdem gewann die AD die Kontrolle über die überwiegende Mehrheit der in diesem Sektor tätigen Gewerkschaften.

Der revolutionäre marxistische Führer Leo Trotzki analysierte, warum es zu einer bonapartistischen Herrschaft häufig in Ländern kommt, die „Etappen übersprungen“ haben, in denen es also keine bürgerliche Revolution und keine sozialökonomische Modernisierung gab, bevor die kapitalistische Entwicklung in das Stadium des Imperialismus eintrat. Diese Gesellschaften spalten sich wie jede andere kapitalistische Gesellschaft in drei Klassen auf: die Bourgeoisie, das Proletariat und das schwankende Kleinbürgertum. Doch die nationale Bourgeoisie ist schwach und erfüllt, aus Furcht vor dem Proletariat, die Funktion von abhängigen Agenten des ausländischen Imperialismus. In der Mitschrift von einer Diskussion mit dem

damals im mexikanischen Exil lebenden Trotzki aus dem Jahr 1938 mit dem Titel „Lateinamerikanische Probleme: Eine Niederschrift“ wird Trotzki folgendermaßen wiedergegeben:

„Wir sehen in Mexiko und den anderen lateinamerikanischen Ländern, dass sie die meisten Stadien der Entwicklung übersprungen haben. Es begann in Mexiko direkt mit der Eingliederung der Gewerkschaften in den Staat. In Mexiko haben wir eine doppelte Vorherrschaft. Nämlich ausländisches Kapital und die nationale Bourgeoisie – oder, wie Diego Rivera es formulierte, eine ‚Subbourgeoisie‘, eine Gesellschaftsschicht, die vom ausländischen Kapital kontrolliert wird und zugleich gegen die Arbeiter ist; in Mexiko ein halbbonapartistisches Regime zwischen ausländischem Kapital und nationalem Kapital, ausländischem Kapital und den Arbeitern.

Jede Regierung kann in einem solchen Fall eine Position des Schwankens einnehmen, der Neigung (des Kippens oder der Anlehnung) mal zur nationalen Bourgeoisie oder zu den Arbeitern und mal zum ausländischen Kapital. Um die Arbeiter in ihrer Hand zu haben, integrierte man die Gewerkschaften in den Staat.“

In Venezuela ist die Confederación de Trabajadores de Venezuela (CTV – Bund der Arbeiter Venezuelas) der von der Bourgeoisie eingerichteten Fedecámaras (Handelskammer) untergeordnet durch die politische Vorherrschaft der AD über die CTV. Als in der CTV organisierte Ölarbeiter im Jahr 2000 drei Tage lang streikten, ließ Chávez ein landesweites gewerkschaftsfeindliches Referendum über die Frage abhalten, ob bestehende Gewerkschaften sich einem Prozess der „Re-Legitimierung“ unterziehen müssten. Die CTV rief zum Boykott auf und es gab nur etwa 25 Prozent Wahlbeteiligung. Der Versuch, die Gewerkschaften gefügig zu machen, ist ein unerlässlicher Schritt bei der Entwicklung jedes bürgerlichen populistischen Regimes. Chávez wollte das dadurch erreichen, dass er Arbeiterorganisationen entweder kooptierte oder durch Repression zerschlug. Als eine Mehrheit von CTV-Kandidaten bei der „Re-Legitimierung“wahl siegte, unterstützte Chávez daraufhin einen neuen, rivalisierenden Gewerkschaftsbund, die Unión Nacional de Trabajadores (UNT – Nationale Union der Arbeiter). Viele UNT-Gewerkschaftsführer sehen in der Verteidigung der Chávez-Regierung die zentrale Achse ihrer Organisation. In der Zukunft wird sich die UNT solange nicht von der CTV unterscheiden, wie die UNT durch ihr Bündnis mit Chávez weiterhin der Bourgeoisie untergeordnet ist.

Damit der Kampf der Arbeiter in Venezuela voran kommt und die Arbeiterbewegung sich für die Rechte von allen Unterdrückten, Landarbeitern, Arbeitslosen, Frauen und Jugendlichen einsetzt, ist es unbedingt erforderlich, für die vollständige und bedingungslose Unabhängigkeit aller Gewerkschaften vom kapitalistischen Staat und von bürgerlichen Parteien zu kämpfen. Das heißt, dafür zu kämpfen, dass die Gewerkschaften zu Organen des Klassenkampfes werden und nicht Maschinen im Dienst von bürgerlich-nationalistischen Herrschern und Statthaltern des Imperialismus bleiben.

Linke der Marke „Tod des Kommunismus“ kriechen Chávez hinterher

Enge Bande zwischen Castros Kuba und Venezuela sind den Herrschern der USA ein Dorn im Auge. Aber sowohl Fidel Castro als auch Hugo Chávez sind gegen den Kampf für eine soziale Revolution in Venezuela oder anderen Ländern. Als Ende der 70er-, Anfang der 80er-Jahre in El Salvador ein Bürgerkrieg wütete und die linksgerichteten Sandinisten die Somoza-Diktatur in Nicaragua zu Fall brachten,



ESPARTACO

China: ¡Derrotar la campaña imperialista de contrarrevolución!

¡Defender, extender las conquistas de la Revolución de 1949!

¡Por la revolución política obrera para echar a la burocracia estalinista!

¡Por una China de consejos obreros y campesinos en un Asia socialista!

Aboniere jetzt!

Espartaco
Zeitung der
Grupo Espartaquista
de México
4 Ausgaben inkl.
Spartacist (spanische Ausgabe)

Luftpost € 4,-

Bestell bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank
Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

sprach sich Castro dagegen aus, dem „kubanischen Weg“ zu folgen. Das heißt, er riet davon ab, die Kapitalistenklasse zu enteignen und die kapitalistische Herrschaft zu stürzen. Castro trug so zur anschließenden Niederlage des salvadorianischen Aufstands gegen das von den USA unterstützte Militärregime bei und auch zum schließlichen Sturz der Sandinisten, der das Ergebnis des von den USA geführten Wirtschaftskriegs und der US-Unterstützung für die Contra-Terroristen war.

Dadurch ermutigt, zogen die US-Imperialisten die Schlinge um Kuba mittels der imperialistischen Blockade noch enger zu. Wir Trotzisten kämpfen für die bedingungslose militärische Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats Kuba gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution. Unsere Perspektive ist es, eine trotzkistische Partei zu schmieden, die eine politische Revolution gegen die stalinistische Misswirtschaft in Kuba führen und die revolutionäre internationalistische Perspektive des Bolschewismus und des Kampfes für die Revolution in ganz Amerika verankern kann.

Gerade die Tatsache, dass Chávez mit einer sozialen Revolution nichts im Sinn hat, ist sicherlich der Grund, warum die League for the Revolutionary Party in den USA (LRP – Liga für die revolutionäre Partei; Schwesterorganisation in Deutschland ist die Kommunistische Organisation für die Vierte Internationale – KOVI) zur „bedingungslosen militärischen Verteidigung des Chávez-Regimes“ aufruft („U.S. Hands Off Venezuela!“, *Proletarian Revolution*, Frühjahr 2004). Die LRP, die bei überhaupt jedem Arbeiterstaat, d. h. wo die kapitalistische Herrschaft gestürzt worden ist, auf das Heftigste gegen das trotzkistische Programm, diesen bedingungslos militärisch zu verteidigen, auftritt, greift zu dieser Losung ... um das kapitalistische Chávez-Regime ohne Bedingung zu verteidigen – das heißt Chávez einen Blankoscheck auszustellen.

Die LRP hat sich zeit ihres Bestehens geweigert, die Arbeiterstaaten zu verteidigen – ausgehend von der falschen Voraussetzung, dass sie „staatskapitalistisch“ seien. Nun, Trotzki schrieb, dass bonapartistische Regime wie das von Cárdenas in Mexiko „einen Staatskapitalismus schaffen, der nichts mit Sozialismus zu tun hat. Er ist die reinste Form des Staatskapitalismus“ („Lateinamerikanische Probleme: Eine Niederschrift“). Dass die LRP den Aufruf zur „bedingungslosen militärischen Verteidigung“ für das bonapartistische „Cárdenas-light“-Regime von Chávez aufspart, ist der Gipfel von Ironie!

Glaubwürdiger argumentiert die mexikanische Liga de Trabajadores por el Socialismo (LTS – Arbeiterliga für den Sozialismus), die aus der Tendenz des verstorbenen Nahuel Moreno hervorging. Dieser argentinische Pseudotrotzkist war ein begeisterter Unterstützer des bürgerlich-populistischen Generals Juan Perón, der Argentinien in den 40er- und 50er-Jahren regierte. In einem Artikel über das Abberufungsreferendum (13. August) erklärt die LTS: „Die Führung unter Chávez hält für die venezolanischen Massen lediglich Niederlage und Enttäuschung bereit. Leider kapitulieren die meisten Linken vor ihm, indem sie ihm mehr oder weniger schamhaft politische Unterstützung gewähren. Damit wird nur verhindert, dass sich die proletarische Avantgarde um eine unabhängige proletarische Politik neu gruppiert.“ Diese schönen Worte dienen dazu, über die operative Schlussfolgerung der LTS hinwegzutäuschen: „Stimmt kritisch mit NEIN, ein NEIN zur Opposition und zum Imperialismus, das in keiner Weise ein ‚JA‘ für Chávez bedeutet.“ Bei der Stimmauszählung bedeutete daher die Position und das Votum der LTS – ihrer ganzen Phrasendrescherei zum Trotz –, dass Chávez im Amt blieb. Damit trug sie dazu bei, die Bindungen zwischen Venezuelas Arbeitern und dem Chávez-Regime wieder zu festigen. Die LTS ist ein sehr

gutes Beispiel für Zentrismus: revolutionär in Worten, opportunistisch in Taten.

Hugo Chávez gibt nicht einmal vor, Marxist zu sein. Dieser Kunstgriff ist den vorgeblichen Sozialisten vorbehalten, die ihn unterstützen. Die Krone für Kriecherei gebührt dabei der Internationalen Marxistischen Tendenz (IMT; in Deutschland der Funke – Marxistische Opposition in Sozialdemokratie und Gewerkschaften). Der britische IMT-Führer Alan Woods wurde von Chávez mit Speis und Trank verwöhnt. In seiner wöchentlichen Fernsehsendung *Aló Presidente* zitiert Chávez aus Woods' Buch *Reason in Revolt* (Aufstand der Vernunft). IMT-Mitglieder in Venezuela



Marxist.com

Anfang dieses Jahres begrüßte Chávez in Caracas überschwänglich Alan Woods von pseudotrotzkistischer Internationaler Marxistischer Tendenz

stürzten sich in die Reklameschlacht für Chávez – angeleitet von Woods' seltsam messianischer Lobhudelei auf den „starken Mann“: „Er allein hat es gewagt, der Macht der Oligarchie entgegenzutreten und der Gewalt des amerikanischen Imperialismus zu trotzen.“ Das erinnert an die Argumentation pseudotrotzkistischer Gruppen in Argentinien, wonach es korrekt war, Perón zu unterstützen, denn sonst hätte man ja „die Oligarchie“ unterstützt.

Das Committee for a Workers' International (CWI – Komitee für eine Arbeiterinternationale; in Deutschland die Sozialistische Alternative Voran – SAV) tadelt die IMT, weil sie mit ihrer Lobhudelei auf Chávez „zu dick aufträgt“. In einer langatmigen CWI-Polemik, „Revolutionäre Sozialisten und die venezolanische Revolution“ (21. Juni), wird orthodox gegen die Kapitulation der IMT vor bürgerlich-nationalistischen Kräften vom Leder gezogen. Dann jedoch geht das CWI dazu über, Chávez Ratschläge zu erteilen, wie er auf das Referendum hätte reagieren sollen, bis hin zu dem Vorwurf, dass Chávez keine Arbeitermilizen und -komitees organisiert, sondern dem Referendum zugestimmt habe. Das CWI schreibt:

„Chávez stimmte zu, das Referendum abzuhalten. Er machte geltend, dass er gewinnen werde und dies die Glaubwürdigkeit seines Regimes stärken werde. Unserer

Fortgesetzt auf Seite 24

Venezuela...

Fortsetzung von Seite 23

Meinung nach war das eine falsche Politik... Statt dieses Ergebnis anzuerkennen, wäre es viel besser gewesen, die kommunalen Organisationen zu stärken und gewählte Arbeiterräte aufzubauen, diese vor Ort, stadtweit, regional und national zu vernetzen und in die Offensive zu gehen. Zusammen mit Basiskomitees der Soldaten sollten diese Organe eine bewaffnete Arbeitermiliz aufbauen und die erforderlichen Schritte unternehmen, um die Revolution voranzutreiben und den Kapitalismus zu stürzen.“

In dem oben zitierten Artikel schreibt das CWI: „Es bleibt abzuwarten, ob Chávez tatsächlich die Arbeiterklasse und die allgemeine Bevölkerung bewaffnen wird.“ Damit wird die tödliche Illusion geschürt, dass Chávez und der kapitalistische Staat jemals die Arbeiterklasse bewaffnen würden. Linke haben schon in der Vergangenheit derartige tödliche Illusionen geweckt – mit verheerenden Folgen, zum Beispiel 1970 in Chile, als der Sozialistenführer Salvador Allende an der Spitze einer Volksfrontkoalition zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Als Bedingung für seine Amtsübernahme gab er gegenüber der chilenischen Bourgeoisie und ihren US-imperialistischen Beschützern das Versprechen ab, dass er nur Armee- oder Polizeioffiziere ernennen werde, die in den etablierten Akademien ausgebildet worden waren. Darüber hinaus versprach er, die Bildung von Arbeiter- oder anderen Volksmilizen zu verbieten. Wir warnten damals: „Jede ‚kritische Unterstützung‘ für die Allende-Koalition ist Klassenverrat, der den Weg bahnt zu einer blutigen Niederlage der chilenischen Werktätigen, während die einheimische Reaktion, unterstützt vom internationalen Imperialismus, bereit steht“ („Chilenische Volksfront“, *Spartacist*, englische Ausgabe Nr. 19, November/Dezember 1970). Genau das ist drei Jahre später geschehen.

Trotz seiner Kritik an der IMT geht das CWI nicht davon aus, dass Chávez ein bürgerlicher Politiker und deshalb der Klassenfeind der Arbeiterklasse und der Unterdrückten ist, sondern dass er mit seiner „Revolution“ nur nicht weit genug gegangen ist. CWI und IMT (die bis 1991 eine Organisation waren) zeichnet gleichermaßen aus, dass sie den Kampf für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei ablehnen und stattdessen Liquidierung in und Werbung für sozialdemokratische und bürgerlich-nationalistische Kräfte betreiben.

Hugo Chávez äußert sich sehr viel freimütiger über seine Ziele als die feigen Linken, die vor ihm kapitulieren. In einem Interview mit Tariq Ali (*CounterPunch*, 16. August) führte Chávez aus:

„Ich glaube nicht an die dogmatischen Postulate der marxistischen Revolution. Ich akzeptiere nicht, dass wir in einer Periode von proletarischen Revolutionen leben. All das muss revidiert werden. Die Realität zeigt uns das jeden Tag. Erstreben wir heute in Venezuela die Abschaffung des Privateigentums oder eine klassenlose Gesellschaft? Ich denke nicht... Versuchen Sie und machen Sie Ihre Revolution, ziehen Sie in den Kampf, schreiben Sie ein bisschen voran, selbst wenn es nur ein Millimeter ist, in die richtige Richtung – anstatt von Utopien zu träumen.“

Die Ausgangsposition all der linken Gruppen – von der Workers World Party bis zur IMT und zum CWI –, welche das Chávez-Regime in dem einen oder anderen Maße unterstützen oder schönreden, besteht darin, die antiimperialistischen Phrasen und die Reformen für einen Schritt in Richtung Sozialismus zu halten. Das ist eine Art moderner Variante des menschwistisch-stalinistischen Schemas der

„Revolution in zwei Etappen“. Die erste Phase ist dabei eine bürgerlich-demokratische Revolution, die zweite Phase – in der niemals eintretenden Zukunft – eine sozialistische Revolution. Aber sowohl marxistische Grundsätze als auch alle historischen Beweise zeigten, dass die Kettung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen an irgendeinen bürgerlichen Herrscher nur dazu dient, den unabhängigen Kampf der Arbeiterklasse zu verhindern. So wird nur das Massaker der Bourgeoisie an dem Proletariat und seinen Verbündeten vorbereitet. Im Fall von Venezuela und Chávez würde es dazu kommen, wenn entweder Chávez die Arbeiter und Armen angreift (zum Beispiel, wenn die Öleinnahmen erheblich zurückgehen) oder wenn das Chávez-Regime durch weiter rechts stehende Kräfte gestürzt wird. Im Gegensatz zu solchen linken Gruppen wollen Marxisten die venezolanische Arbeiterklasse darauf vorbereiten, die mörderischen Kräfte der bürgerlichen Reaktion – ob unter Chávez oder unter seinen bürgerlichen Gegnern – wirksam zu bekämpfen.

Historisch gesehen ist Hugo Chávez kein besonders radikaler linksbürgerlicher Nationalist, weder was seine ideologische Haltung noch was seine tatsächlichen Reformen betrifft. Während der Ära des Kalten Krieges behaupteten viele linksbürgerliche Nationalisten – wie Nasser in Ägypten oder die FLN in Algerien –, sie würden ein Programm oder eine Umwälzung durchführen, die irgendwie „sozialistisch“ wären. Selbst der mexikanische Staatschef Lázaro Cárdenas verstaatlichte in den 30er-Jahren die Ölindustrie und verteilte in bedeutendem Umfang Land an die Bauern. Die Unterordnung der Arbeiter unter Cárdenas führte zu mehr als 60 Jahren Korporatismus und Fesselung des Proletariats an die Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), die herrschende bürgerliche Partei bis zum Jahr 2000. Schaut man sich die heutigen Lebensverhältnisse der Arbeitenden und Unterdrückten in Ländern wie Mexiko an, werden die Grenzen selbst der radikalsten bürgerlichen Nationalisten deutlich. Infolge der Zerstörung der Sowjetunion sind vorgeblich marxistische Organisationen, die immer linksbürgerlichen Nationalisten hinterherliefen, heutzutage darauf beschränkt, für nationalistische Politiker zu werben, die jeglichen sozialistischen Anspruch offen zurückweisen.

Authentische Kommunisten kämpfen dafür, leninistisch-trotzkistische Parteien überall in Lateinamerika zu schmieden. Und das heißt entschlossener Kampf gegen bürgerlichen Nationalismus, der die Arbeiter mit ihren „eigenen“ Herrschern „zusammenleimt“. Chávez’ „bolivarianische Revolution“ ist ein Appell an lateinamerikanischen Anti-USA-Nationalismus. Dagegen unterstrich schon eines der Gründungsdokumente von Trotzki's Vierter Internationale, „These über die Weltrolle des amerikanischen Imperialismus“ (1938): „Nur der Bund der nach einem Vereinigten Sozialistischen Amerika strebenden lateinamerikanischen Völker, im Kampf vereint mit dem revolutionären Proletariat der Vereinigten Staaten, wäre stark genug, um den nordamerikanischen Imperialismus erfolgreich zu bekämpfen.“

Nur die Arbeiterklasse hat die soziale Macht, der Herrschaft der ausländischen Imperialisten und ihrer örtlichen Lakaien ein Ende zu setzen. Entscheidend für das Überleben einer Arbeiterrevolution in Venezuela ist ihre internationale Ausweitung auf das übrige Lateinamerika, insbesondere auf Mexiko und Brasilien, und auf die imperialistischen USA selbst. Das ist die Perspektive der permanenten Revolution. Für die kämpfen wir von der Spartacist League/U.S. und unsere Genossinnen und Genossen der Grupo Espartaquista de México als Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 831, 3. September 2004

Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 28

werden. Obgleich die Vorgehensweise der Geschworenen, die George Banks in die Todeszelle brachte, genau die gleiche war wie die, die im „Mills“-Fall für verfassungswidrig erklärt wurde, würde Mills leben, während Banks (und Dutzende andere) sterben soll wegen der Formalität, dass sein Fall *acht Monate vor* der „Mills“-Entscheidung „abgeschlossen“ war. Dies ist nur das Neueste aus einem Labyrinth von Gerichtsentscheidungen, juristischen Machenschaften und Taschenspielertricks, die dazu dienen, die Hinrichtungen von Hunderten Todeszelleninsassen sicherzustellen, nachdem Beweise der Unschuld und Enthüllungen grober Verfassungsverstöße vorliegen, aufgrund derer über diesen Menschen überhaupt erst das Damoklesschwert des Todes hängt.

Im Fall „Herrera“ von 1992 verkündete der Oberste Gerichtshof, die Hinrichtung einer unschuldigen Person sei nicht verfassungswidrig. Der Antiterrorism and Effective Death Penalty Act [Gesetz, das die Durchführung der Todesstrafe erleichtern soll] des demokratischen Präsidenten Clinton von 1996 und ein Gesetz Pennsylvanias von 1995, das drakonische Zeitlimits für die „Entdeckung“ neuer Beweise zur Anfechtung einer Todesstrafe vorsieht, wurden beide von Bundes- und Landesgerichten dazu benutzt, Beverlys Geständnis und andere Beweise für Mumias Unschuld nicht zuzulassen.

Mehr als zwei Jahre lang lag Jamals Habeas-Corpus-Berufung auf Eis, während sich seine Berufung auf Landesebene ihren Weg durch die Staatsgerichte Pennsylvanias bahnte. Doch nur Tage nach der „Beard“-Entscheidung hob das Berufungsgericht des dritten Bezirks den Aufschub auf und forderte von Jamal (und anderen Todeszelleninsassen Pennsylvanias) schriftliche Unterlagen darüber an, ob die „Beard“-Entscheidung auf seinen Fall zutrefte oder nicht. Robert Bryan, Jamals Hauptanwalt, legte dem Gericht eine juristische Mitteilung vor, in der betont wird, dass die „Beard“-Entscheidung für Jamals Fall keine Relevanz besitzt. Die Erklärung zitiert Richter Yohns Entscheidung: „Obgleich ‚Mills‘, verkündet am 6. Juni 1988, erst nach dem Todesurteil des Antragstellers entschieden wurde, datiert es doch vor der endgültigen Entscheidung über seine Verurteilung, die am 1. Oktober 1990 registriert ist, als der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten seinen Antrag auf ein writ of certiorari [Antrag, dass der Oberste Bundesgerichtshof die Entscheidung des vorangegangenen Gerichts direkt prüft] ablehnte.“



Workers Vanguard

5. Dezember 1999: Holiday Appeal Chicago. Spartacist-Banner: Vollendet den Bürgerkrieg – Für Befreiung der Schwarzen durch sozialistische Revolution!

Dies ist eine klare Tatsachenfeststellung, dass der „Beard“-Fall keine Auswirkung auf Jamal haben sollte: Doch die ganze Geschichte von Jamals Fall zeigt, dass ein Kämpfer für die Freiheit der Schwarzen wie Mumia keine Rechte hat, die zu respektieren die kapitalistischen Gerichte verpflichtet wären. Als Kämpfer für die Unterdrückten, der kein Blatt vor den Mund nimmt, stand Jamal im Fadenkreuz der Polizei von Philadelphia und von J. Edgar Hoovers FBI, seit er im Alter von 15 Jahren ein Sprecher der Black Panther Party war. Über 22 Jahre lang drehten Staatsanwälte, Gouverneure und Landes- und Bundesgesetzgeber der Demokraten und der Republikaner die Wahrheit über diesen Kämpfer für die Freiheit der Schwarzen durch einen Mangel von Lügen, auf die selbst Bush und Cheney stolz sein könnten. Und 22 Jahre lang ignorierte ein Gericht nach dem anderen nicht nur eine überwältigende Beweislage für Jamals Unschuld, sondern auch die rechtlichen Präzedenzfälle und Verfassungsbestimmungen, die seine Freilassung verlangen und von denen sie sich angeblich leiten lassen.

Der Bezirksstaatsanwalt in Jamals Fall erreichte ein Todesurteil, weil er den Geschworenen versicherte, das Strafmaß sei nur symbolisch, Jamal würde nie sterben, weil er „Berufung auf Berufung auf Berufung“ haben würde. Obwohl der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania drei Jahre zuvor entschieden hatte, dass solch eine Aussage automatisch eine Urteilsaufhebung verlange, bestätigte er 1989 Jamals Todesurteil. Im Jahre 1991 hob der Oberste Gerichtshof das Todesurteil gegen David Dawson auf mit der Begründung, die Staatsanwaltschaft habe missbräuchlich seine politische Zugehörigkeit als Mitglied der rassistischen White Aryan Brotherhood [Weiße Arische Bruderschaft] dazu benutzt, die Geschworenen zu beeinflussen. Als Mumia sich um eine Aufhebung seines Urteils bemühte, weil die Staatsanwaltschaft seine ehemalige Mitgliedschaft in der Black Panther Party dazu benutzt hatte, das Todesurteil sicherzustellen, lehnte es der Oberste Gerichtshof ab, seinen Fall überhaupt zu verhandeln.

Es gibt keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten!

Die kapitalistischen Herrscher wollen Mumia tot sehen, weil sie hinter diesem wortgewandten Journalisten, MOVE-Unterstützer und früheren Panther-Sprecher das Gespenst einer Revolution der Schwarzen sehen, einer unbeugsamen

Fortgesetzt auf Seite 26

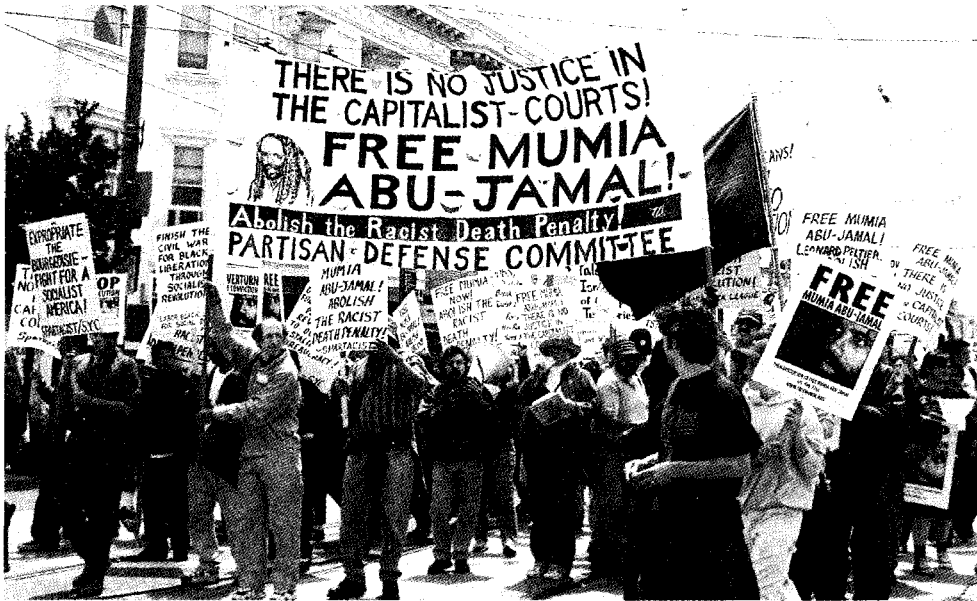
WORKERS HAMMER
Down with racist Fortress Europe!
All US/British troops out of Iraq now! UN stay out!

Abonniere jetzt!

Zeitung der Spartacist League/Britain

Jahresabo
€ 7,- (Europa)
€ 10,- (Übersee Luftpost)
inkl. *Spartacist* (englische Ausgabe)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Workers Vanguard

San Francisco, Mai 2000: Revolutionäres Kontingent, organisiert von Spartacist League, Spartacist Youth Clubs und Labor Black League, rief zur Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiter im Kampf für Mumias Freiheit auf

Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 25

Opposition gegen ihr System rassistischer Unterdrückung. Sie trachten danach, Jamal hinzurichten, um all denen eine abschreckende Botschaft zu schicken, die der brutalen Unterdrückung durch Bullen in den Ghettos den Kampf ansagen, die in Streikpostenketten für Arbeiterrechte eintreten, die gegen imperialistischen Massenmord vom Balkan bis zum Irak protestieren, die ein Ende der Hexenjagd auf Immigranten und der Angriffe auf bürgerliche Freiheiten, durchgeführt im Namen des nie endenden „Kriegs gegen den Terrorismus“, fordern.

Jamals Fall wirft ein Schlaglicht auf die barbarische, rassistische Todesstrafe, eine Form institutionalisierten Staats-terrors, der in den USA unmittelbar auf das System der Versklavung der Schwarzen zurückgeht. Gewerkschafter und Kämpfer für die Unterdrückten in Ländern rund um die Welt haben sich der Sache Jamals angenommen, weil sie in seinem Kampf für Freiheit eine Widerspiegelung ihrer eigenen Kämpfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung sehen.

Nach Jahren der Ausflüchte nahm die NAACP [National Association for the Advancement of Colored People – Nationale Vereinigung zur Förderung farbiger Menschen] auf ihrer Jahresversammlung im Juli schließlich eine Resolution an, die einen neuen Prozess für Jamal fordert. Obwohl Unterstützung für die Resolution weit verbreitet war, taten

NAACP-Führer alles in ihrer Macht Stehende, um zu verhindern, dass sie zur Abstimmung gelange: Delegierten, die den Antrag einbringen wollten, wurde das Mandat entzogen und sie durften nicht an der Konferenz teilnehmen; eine geplante Podiumsdiskussion zur Todesstrafe, bei der Mumias Fall dargestellt werden sollte, wurde Hals über Kopf abgesagt. Erst als Pam Africa von International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal und andere damit drohten, vor der NAACP-Konferenz an dem Tag Streikposten aufzustellen, an dem der Präsidentschaftskandidat der Demokraten John Kerry dort sprechen sollte, gaben die NAACP-Oberen nach und ließen über die Resolution abstimmen.

In einem kürzlichen Artikel (*CounterPunch*, 16. Juli), in dem der liberale Journalist Dave Lindorff über die NAACP-Abstimmung berichtet, verzeichnet dieser einen Rückgang an öffentlicher Unterstützung für Jamal und behauptet: „Die Scharen von Menschen, die auf die Straße gegangen sind, um einen neuen Prozess für Abu-Jamal zu fordern, sind immer weniger geworden, da sein Fall in den letzten Jahren von ideologischen Anwälten übernommen wurde und von anderen, denen es gelang, Abu-Jamal davon zu überzeugen, seinen Fall zu einem politischen Angriff auf das gesamte Rechtssystem zu machen, anstatt sich mit den Schlüsselfragen seines Verfahrens zu befassen, was die beste Möglichkeit eröffnet hätte, für ihn eine neue Verhandlung zu bekommen.“

Die „Schlüsselfragen“ – rassistische Manipulation von Geschworenen, Unterdrückung von Beweismaterial, Terrorisierung von Zeugen durch die Staatsanwaltschaft, offene Rassenurteile und Voreingenommenheit des Vorsitzenden Richters für die Staatsanwaltschaft, Verweigerung von Jamals verfassungsmäßigem Recht auf Verteidigung in eigener Sache und so vieles mehr – weisen genau auf das gesamte rassistische kapitalistische „Rechts“-system hin. Und jede einzelne dieser Schlüsselfragen wurde von jedem Gericht abgewiesen – vom Pennsylvania Court of Common Pleas [Stadtgericht] bis zum Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten.

Was Jamals Unterstützer von den Straßen getrieben hat, sind Illusionen in die kapitalistischen



Links: Broschüre des Partisan Defense Committee, 1974 von der SL/U.S. gegründete klassenkämpferische, nichtsektiererische Verteidigungsorganisation
€ 0,50

Zeitschrift des PDC, *Class Struggle Defense Notes*
€ 0,50

Zu beziehen über das KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin

Gerichte, die von reformistischen Protestveranstaltern wie der Workers World Party und Socialist Action verbreitet wurden. Die Verkörperung dieser Illusionen war die Unterordnung der Forderung nach Freiheit für Mumia unter die Forderung nach einem „neuen Prozess“, bewusst darauf abgestimmt, an Liberale wie Lindorff und die NAACP zu appellieren, für die die Possen des Richters Sabo eher eine Verirrung waren als die reguläre Arbeitsweise der kapitalistischen Gerichte. Warum in Gewerkschaften und auf den Straßen mobilisieren, wenn man sich darauf verlassen kann, dass die Gerichte doch letztendlich das Richtige tun?

Die Gerichte, einschließlich des Obersten Gerichtshofs, sind zusammen mit den Bullen, dem Militär und den Gefängnissen Teil des kapitalistischen Staats, ein Instrument der organisierten Gewalt einer Klasse, der kapitalistischen Herrscher, gegen die Arbeiterklasse und all diejenigen am Boden dieser Gesellschaft. Seit das Partisan Defense Committee [Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung] 1987 Jamals Fall aufgriff, haben wir uns darum bemüht, sicherzustellen, dass jegliche juristische Möglichkeit ausgeschöpft wird, um ihn zu befreien, während wir gleichzeitig gegen Illusionen in den kapitalistischen Staat ankämpften. Wir haben Jamals Fall bekannt gemacht, für seine Kämpfe vor Gericht dringend benötigte Geldmittel gesammelt und uns besonders dafür eingesetzt, die soziale Macht der multirassischen Arbeiterbewegung zu seiner Verteidigung zu mobilisieren, auch mit Hilfe von Einheitsfrontprotesten, die auf die Arbeiterklasse konzentriert waren und Mumias Freiheit und die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe forderten. Dadurch und mit anderen Mitteln haben wir Gewerkschaften mit seinem Fall bekannt gemacht, die Mil-



Berlin, 5. Februar 2000. Spartakist-Block auf Mumia-Demo interveniert gegen Illusionen in „fairen Prozess“, fordert: „Freiheit für Mumia Abu-Jamal!“

tionen von Arbeitern auf der ganzen Welt repräsentieren.

Unser Kampf für die Befreiung Jamals und die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe ist Teil unserer Perspektive, Arbeiter für die Erkenntnis zu gewinnen, dass der bürgerliche Staat nicht irgendeine „neutrale“ Agentur im Dienste der Gesellschaft ist, sondern existiert, um die Klassenherrschaft und die Profite der Kapitalisten zu verteidigen gegen diejenigen, die von ihnen ausgebeutet werden. Dem multirassischen Proletariat müssen seine historischen Klasseninteressen im Gefecht gegen das gesamte kapitalistische System bewusst gemacht werden, insbesondere das Verständnis, dass in diesem Land der Kampf um die Freiheit der Schwarzen entscheidend ist für den Kampf um die Befreiung der Arbeiter selbst. *Mobilisiert die Macht der Arbeiter/Schwarzen im Kampf für Mumias Freiheit! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!*

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 830, 6. August 2004

SPARTACIST

Organ des revolutionären Marxismus

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert *Spartacist* die Verpflichtung der IKL auf den leninistischen Internationalismus.

<p>English edition No. 58 (60 pages) US \$1.50</p>	<p>Edition français n° 36 (60 pages) 1,50 €</p>	<p>Deutsche Ausgabe Nr. 24 (64 Seiten) € 1,50</p>	<p>Edición en español No. 32 (48 páginas) 1,50 €</p>

Vorhergehende Ausgaben erhältlich. Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin

SPARTAKIST

Entscheidung des Obersten Gerichtshofs bedroht Mumia Abu-Jamal

Freiheit für Mumia jetzt!



COC Productions

Eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs [der USA] vom 24. Juni im Fall „Beard gegen Banks“ setzt die Todesstrafe im Fall von Mumia Abu-Jamal wieder auf die gerichtliche Tagesordnung. Jamal wurde 1982 aufgrund abgekarterter Anklagen für schuldig erklärt, am 9. Dezember 1981

Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

den Polizeibeamten von Philadelphia Daniel Faulkner getötet zu haben, und er wurde zum Tode verurteilt. Jamal legte eine Habeas-Corpus-Berufung vor dem Bundesgerichtshof wegen seiner Verurteilung und der Todesstrafe ein, und im Dezember 2001 entschied Bundesdistriktsrichter William Yohn darüber und hob das Urteil gegen Jamal auf. Yohn hob das Todesurteil mit der Begründung auf, die Geschworenen hätten es versäumt, mildernde Umstände in Erwägung zu ziehen (gesetzlich festgelegte Gründe, aus denen

Jamal nicht hingerichtet werden dürfte), und dass nur Einstimmigkeit über solche mildernden Umstände ihm die Todesstrafe ersparen würde. Solch ein Vorgehen war in der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs im Fall „Mills gegen Maryland“ von 1988 ausdrücklich für verfassungswidrig erklärt worden. Gleichzeitig bekräftigte Yohn die Verurteilung und lehnte es ab, das Geständnis Arnold Beverlys, er und nicht Jamal habe Faulkner erschossen, auch nur anzuhören. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein mit dem Ziel, die Todesstrafe gegen Jamal erneut zu verhängen. Mumia ging in Revision, um die Verurteilung aufzuheben.

In der Entscheidung „Beard gegen Banks“ vom Juni, aus der Feder von Clarence Thomas, urteilte der Oberste Gerichtshof groteskerweise, das „Mills“-Urteil könne nicht dazu benutzt werden, Urteile, die vor 1988 gefällt wurden, anzufechten – d. h. es könne nicht rückwirkend angewendet

Fortgesetzt auf Seite 25

Referendum in Venezuela: Manöver des US-Imperialismus gescheitert

Bürgerlicher Populist Chávez setzt sich durch

Der venezolanische Präsident Hugo Chávez hat seine politischen Gegner beim Referendum über seine Amtsenthebung am 15. August mit 58 gegen 42 Prozent der abgegebenen Stimmen besiegt. Das Abberufungsreferendum war der dritte Versuch von CIA und rechten bürgerlichen Parteien in Venezuela, Chávez zu stürzen. Für kurze Zeit gelang es ihnen im April 2002 mit einem Militärputsch. Wie sehr ihnen die „Demokratie“ am Herzen liegt, demonstrierten sie, indem sie kurzerhand das Parlament auflösten. Im Winter 2002/2003 folgten von den Bossen organisierte Aussperrungen und Streiks mit dem Ziel, die Wirtschaft lahm zu legen. Die Nationale Stiftung für Demokratie (National Endowment for Democracy), eine Geldwaschanlage für die CIA, machte Millionen von Dollar locker, um Demonstrationen gegen Chávez zu sponsern, Projekte zur Agrarreform zu sabotieren, Dienstleistungen zu zerschlagen und Armeeeoffizieren, Polizisten und Politikern, die die CIA dem Populisten Chávez vorzieht, die Taschen zu füllen.

Ungeachtet der Taktik von Spinnern und Neocons in der US-Regierung, Schauergeschichten über eine „rote Gefahr“ zu verbreiten, wollten vernünftigeren Vertreter imperialistischer Interessen mit den dreimaligen Verlierern von der venezolanischen Opposition nichts mehr zu tun haben. Sie akzeptierten Chávez als einen Mann, dem sie den Schutz ihrer Investitionen anvertrauen können. Chávez konnte

Fortgesetzt auf Seite 20



AP

Kapitalistischer „starker Mann“ Hugo Chávez winkt nach Stimmabgabe beim Referendum am 15. August der Menge zu